Der Steinarbeiter

ORGAN des Centralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Herausgeber:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 4. Sonnabend, den 24. Januar 1903. 7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Erfurt. Den hiesigen Kollegen wurde der Tarif gekündigt.

Gotha. Die Granitsteinmetzen der Firma Bautz befinden sich schon wochenlang in Tarifunterhandlungen, ohne bisher ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen.

Meißen a. d. Elbe. Die Granitarbeiter der Firma O. Köhler stehen vor Tarifverhandlungen.

Nebra. Mit den Unternehmern sind Tarifverhandlungen angebahnt.

Pflastersteinzoll, Wohnungsfrage und Kommuneverwaltung.

Der neue Zolltarif enthält nun auch eine ganze Reihe Zollerhöhungen und neue Zölle auf Baumaterialien: Holz, Steine, Eisen 2c. Kein Mensch hat sich darum gekümmert, wie diese Zollerhöhungen auf das Wohnungswesen wirken können. Bei der Gesamtabstimmung über den Zolltarif haben Regierung und Mehrheit des Reichstags die schönen Worte vergessen, die man sonst so gern für die Wohnungsfrage übrig hatte, und dachten nicht daran, daß durch Zölle auf Baumaterialien die Wohnungsmieten verteuert werden. Die Einfuhr dieser Materialien beschränkt sich nur auf bestimmte Gegenden Deutschlands, wo entweder Steine oder Lehm nicht vorkommen oder nur mit großen Frachtunkosten aus andern Teilen Deutschlands hinbefördert werden können. Das gilt besonders von Norddeutschland. Hier bezieht man, um die teure Landfracht zu sparen, schwedisches und dänisches Steinmaterial zu Straßenbauten, aber auch für die Fassaden der Häuser. Durch die Zölle sind nun diese Materialien erheblich verteuert worden. Einen ungefähren Ueberblick, wie groß diese Verteuerung ist, erhalten wir aus einer Petition, die der Vorstand des Verbandes schleswig-holsteinischer Baugenossenschaften gegen die Einführung von Einfuhrzöllen auf Pflaster- und Bord- oder Kantsteine und Klinker an den Reichstag gerichtet hat.

Ueber die Belastung der einzelnen Baugenossenschaften durch die Zölle finden wir darin folgende Angaben:

„Der Arbeiterbauverein für Gaarden, Kiel und Umgegend in Ellerbeck wird im Jahre 1903 an schwedischem Pflastermaterial 4000 qm Kopfsteine und 1400 lfd. m Bordsteine gebrauchen. Für diesen Verein, dessen Mitglieder in überwiegender Zahl Werftarbeiter sind, würde der Zoll voraussichtlich 10 000 Mk. ausmachen. Auch für die kommenden Jahre kann der Verbrauch ähnlich groß berechnet werden. Es liegt auf der Hand, daß die Preissteigerung die Hauseigentümer und Mieter sehr fühlbar treffen müßte.

Die Bau- und Spargenossenschaft des Vereins Arbeiterbund in Flensburg steht für das Jahr 1903 vor der Pflasterung einer Straße, deren Kosten sich nach den jetzigen Materialpreisen auf 6000 bis 7000 Mk. belaufen werden. Bei einer Verteuerung der Pflaster- und Bordsteine um zirka 2 Mk. pro qm würden dem Verein 1000 bis 1200 Mk. mehr erwachsen. Eine zweite kleinere Straßenanlage bedarf ebenfalls der Pflasterung, wodurch sich der Aufwand noch erhöhen wird.

Der Spar- und Bauverein für Schiffbeck, Steinbeck und Umgegend gibt an, daß sich die Mehrkosten für die dort errichteten Häuser durch Pflasterung der Straße bei 2 Mk. Zoll pro Quadratmeter außer Bordsteine auf 80 Mk. pro Einzelhaus stellen würden, eine Summe, mit der bei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Bewohner sicherlich gerechnet werden müsse.

Der Glückstädter Bauverein berichtet: Die Stadt Glückstadt hat in den letzten drei Jahren durchschnittlich 10 000 Mark für importierte Pflaster- und Bordsteine ausgegeben. Dieser Durchschnitt wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht geringer werden. Durch die vorgeschlagene Zollerhöhung müßte sich der Betrag um 2500—3000 Mk. erhöhen. Wie hoch sich die Mehrbelastung des Bauvereins beläuft, läßt sich jedoch schwer angeben, da die Gesamtstraßenkosten nebst allen andern städtischen Bedürfnissen gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilt werden. Die Straßen sind mit Klinkern gepflastert und haben am Trottoir Bordsteine.

Der Bau-, Spar- und Wirtschaftsverein der Eisenbahnbediensteten in Neumünster hat seit seiner Gründung am 13. Mai 1901 1050 qm Straße fertiggestellt. Im Bau befindet sich eine Straßenfläche von 1500 qm und voraussichtlich werden bis zum 1. Oktober 1903 nochmals 1500 qm zu bauen sein. Zur Verwendung kommen auch dort nur schwedische Steine. Der Kostenpreis der Straße beträgt gegenwärtig pro laufendes Meter und 7,5 m Straßenbreite zirka 90—100 Mk. Der Vorstand des Vereins legt ein wesentliches Gewicht darauf, daß dieser Preis nicht durch die Zollauflage erhöht werde.

Die Eingabe fährt dann fort:

„Die vorstehenden ziffernmäßigen Angaben lassen an bestimmten Tatsachen die bedeutsamen Interessen erkennen, welche durch den einzuführenden Zoll einer Schädigung ausgesetzt sein werden. Vor allem werden diejenigen Bauvereine betroffen werden, die reine Häuser mit verhältnismäßig erheblicher Straßenfläche herstellen. Der Verband schleswig-holsteinischer Baugenossenschaften glaubt eine wichtige Pflicht zu erfüllen, wenn er auf diese Interessen hinweist, und gibt sich der Hoffnung hin, daß neben den mancherlei andern gewichtigen Bedenken, die, vom Standpunkte des Erwerbslebens norddeutscher Gemeindeverwaltungen aus betrachtet, gegen die Zulassung eines Einfuhrzolls auf die mehrgenannten Steine sprechen müssen, auch die in verschiedener Hinsicht so dringend nötige Förderung der von den gemeinnützigen Baugenossenschaften gepflegten Bestrebungen nicht außer acht zu lassen sein werde. Unserseits wird eindringlich um Streichung der vorgeschlagenen Steinzölle gebeten.“

Würde in der — Zolltarifkommission nur einigermaßen Rücksicht auf solche natürlich — zollgegnerische Petitionen genommen worden sein, fürwahr, das Resultat über die Pflastersteinzölle müßte ein anderes sein.

Aber auch in kommunal-politischer Hinsicht ist dieser Zoll von weittragender Bedeutung, insbesondere für alle größeren Kommunen. Mit dem künstlich gesteigerten Verbrauch von Asphaltpflaster, wie ihn der Pflastersteinzoll herbeiführen wird, geraten nämlich die Gemeindebehörden immer mehr in finanzielle Abhängigkeit von den Geschäftsleuten, die sich den Bau von Asphaltstraßen als ihre Domäne erkoren haben. Fast allenthalben ist es nämlich üblich, daß von den Baukosten ein erheblicher Teil (in Berlin sind es 20 Prozent) als Kaution stehen bleibt und zwar auf die Dauer von 20 Jahren. Natürlich wird dieses Kapital den Unternehmern verzinst. Wenn man dann bedenkt, daß in Berlin jährlich etwa eine Million Mark für die Herstellung von Asphaltstraßen ausgegeben wird und daß es insgesamt nur sieben bis acht (zumeist Aktien-) Gesellschaften sind, die diese Kapitalien bei der Stadt anstehen haben, so wird es einleuchten, daß dieselben die finanzielle Abhängigkeit, in die die Kommune solchergestalt bei ihnen gerät, ganz gehörig auszunutzen verstehen. Wie weit die wirtschaftliche Macht dieser Kapitalistengesellschaften sich heute schon erstreckt, dafür nur ein Beispiel. Vor mehreren Jahren regte der Genosse Singer in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einmal die Frage an, die Ausführung der Asphaltpflasterungen in eigene Regie zu übernehmen. Es schien damals, als stünde man diesem Gedanken nicht unsympathisch gegenüber. In den Bureaus der hiesigen Asphaltgesellschaften herrschte anfänglich darüber auch eine ziemliche Aufregung. Aber bald hatte man seine Ruhe wieder erlangt. War man sich doch sicher, daß auf Grund der bestehenden Abmachungen zwischen den Asphaltgrubenbesitzern und den hiesigen Gesellschaften der hiesige Magistrat ohne den Willen der Berliner Firmen nicht eine einzige Wagenladung Rohmaterial bekommen hätte. Und das Material der einzigen deutschen Asphaltgrube ist ohne Zusatz guten ausländischen Materials nicht verwertbar. Außerdem haben sich damals einzelne Herren auch gerühmt, daß es ihnen sehr bald gelungen sei, dem städtischen Baurat „diesen unglückseligen Gedanken“ auszutreiben.

Angesichts solcher Dinge sollte man meinen, müßten sich auch die Kommunen selber mehr gegen die drohende Gefahr zur Wehr setzen. Und das würde wohl auch geschehen, wenn — ja wenn eben nicht die Aufsichtsräte der Asphaltgesellschaften überall in den Kommunalvertretungen ein gar sehr gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen hätten. Und diese Herren haben die Bedeutung des Zolles auf Pflastersteine jedenfalls in seiner ganzen Tragweite erkannt!

Ueber die Schädlichkeit des Pflastersteinzolles für die in der Hartsteinindustrie tätigen Arbeiter haben wir uns hier eingehend ausgesprochen. Nun zeigt es sich aber erst, welch eminenten Schaden eine solche Zollpolitik auf viele andre soziale und kommunale Gebiete auszuüben versteht.

Daß aber auch die schwedische Regierung einer solchen Zollpolitik nicht mit verschränktem Arm gegenübersteht, beweist die Tatsache, daß die massenhaft von Deutschland exportierten Maschinen und Bekleidungsgegenstände in Zukunft ebenfalls einem höheren Zoll unterworfen werden sollen.

Teile und herrsche.

Das Hauptorgan für Volksausplünderung, Volksknechtung und Reaktion, die Berliner Kreuzzeitung, schrieb anläßlich des christlichen Gewerkschaftskongresses:

„Hält man sich von überschwänglichen Hoffnungen frei, so kann man allerdings auf Grund nüchterner Erwägungen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Organisationsbedürfnis der Arbeiter heute ein allgemein herrschendes und auch allgemein verständliches ist und daß, um den sozialdemokratischen, religions- und vaterlandslos geleiteten Gewerkschaften ein irgendwie wirksames Paroli bieten zu können, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf paritätischer Grundlage mit allem Eifer betrieben und nachdrücklich unterstützt werden muß. Selbst für denjenigen, der kein Freund der Organisation der Arbeiter ist, muß hier der maßgebende Grundsatz zur praktischen Geltung gelangen: divide et impera. (Teile und herrsche.)“

So offen sind die Arbeiterfeinde selten, namentlich in ihrer Presse. Ganz offen und zwar mit einer brutalen Offenheit, wie sie nur im Jahre 1878 während der infamen Sozialistenhetze erlebt worden, wird seit Wochen von einem Teile der deutschen Unternehmer, an der Spitze natürlich die berüchtigtsten Scharfmacher, nach dem perfiden Herrschaftsgrundsatze der Römer „teile und herrsche“ gehandelt, indem unter Anwendung der verwerflichsten Gewaltmittel die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie loszureißen gesucht wird. Man will die Arbeiter parteipolitisch vergewaltigen und knechten, zu Heloten machen und das Arbeitsverhältnis womöglich überall so feudal gestalten, wie im Königreich Krupp und seinen verschiedenen „Provinzen“. Rücksichtslos und gewissenlos, unter elendem Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht ist in den letzten Wochen Tausenden von Arbeitern seitens zahlreicher Fabrikleitungen Gewalt angetan, ihre soziale und politische Ueberzeugung mit Füßen getreten und sie zur Beteiligung an Kundgebungen gezwungen worden, die im schroffsten Gegensatz zu ihrem Denken und Empfinden standen. Wer dem brutalen Kommando sich nicht fügte, wurde arbeitslos und verdienstlos auf die Straße geworfen und dieses Schicksal passierte, wie in Magdeburg, Arbeitern nach 20—25jähriger, treu geleisteter Arbeit, nachdem sie ein Menschenalter hindurch zur Vermehrung des Reichtums ihrer „Brotgeber“ im Schweiße des Angesichts sich für geringen Lohn abgerackert hatten. Das ist der Dank des Kapitals, der Dank des Geldsacks an die Arbeiter.

Selbst einem so gut gesinnten Blatte, wie der Sozialen Praxis erscheint diese infame Hetze gegen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als durchaus verwerflich.

Es klagt darüber, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen — die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die kaufmännischen Verbände, die großen süd- und westdeutschen Eisenbahnervereine — die insgesamt mehr als 600 000 Mitglieder zählen und daher der Stärke der „unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Gewerkschaften etwa gleichkommen“, an leitenden Regierungsstellen nicht in dem Maße gewürdigt werden, wie es ihr ziffernmäßiger Umfang und ihre innere

Kraft fordern dürfen. Diese Klage ist sehr interessant und lehrreich, wenn sie auch nichts Neues enthält. Die genannten und noch andere nichtsozialdemokratische Arbeiterorganisationen haben in den Augen ihrer Hintermänner nur die Aufgabe, gegen die sozialdemokratischen Vereinigungen als Sturmböcke zu dienen, ihrer weiteren Ausbreitung und Stärkung Hindernisse in den Weg zu legen, in die Reihen der Arbeiterschaft Zank und Zwietracht zu tragen, sie so zu teilen und dadurch den Gegnern zu ermöglichen, mit Leichtigkeit alle Arbeiter zu beherrschen, auszubeuten und niederzuhalten.

Diese Aufgabe ist natürlich ungelöst, so lange die sozialdemokratische Bewegung noch besteht, blüht und gedeiht, und darum haben jene „gutgesinnten" Organisationen auch noch immerfort das Handwerk der Verhetzung und Entzweiung auszuüben. Die bürgerlichen Politiker, die diese Organisationen offen als Leithammel am Gängelbande führen, wie z. B. Max Hirsch die Gewerkvereine, oder dieses Geschäft als heimliche Drahtzieher hinter den Kulissen besorgen, wie die Ultramontanen in den christlichen Gewerkschaften, wissen die hier vereinigten Arbeiter in der Regel von ernsterem Tun, von kraftvollem sozialem Streben und Wirken zurückzuhalten und darum legt ihnen auch niemand größere Bedeutung und Wertschätzung bei.

Treten sie aber auch in den sozialen Kampf ein, geraten sie in Konflikt mit dem Unternehmertum, so werden sie ebenso beurteilt, gehaßt und bekämpft, wie die „sozialdemokratischen" Gewerkschaften.

Die plutokratische, kapitalistische Politik, wie sie soeben die bürgerlichen Parteien und die Regierung mit der gewaltsamen Durchzwingung des Wuchertarifs befolgten, ist aber sehr geeignet, den geschilderten Zustand zu verschieben, aber weder zur Freude der Kreuzzeitung noch der Sozialen Praxis. Sowohl die katholischen Arbeiter wie die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine rebellieren, sie rücken hörbar nach links und machen sich los von Leuten, welche nur einseitig die Interessen der besitzenden Klassen vertreten, die Interessen der Arbeiter aber mit Füßen treten. Sie rücken nach links, weil die sozialdemokratische Partei neuerdings im Kampfe gegen den Wucherzoll sich als die einzige zuverlässige Volkspartei, als die Arbeiterpartei erwiesen hat, die mit wahrem Löwenmut und mit großem Geschick die Interessen der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter verfochten hat. Graf Posadowsky, der im Januar 1902 im Reichstage die Sozialdemokratie als eine — sie ist aber die — Arbeiterpartei erklärte, hat so neuerdings die Wahrheit dieser Worte kennen gelernt.

Diese kraftvolle Vertretung der Interessen der Arbeiter durch die Sozialdemokratie ist der Hauptbeweggrund der jüngsten wie der früheren Hetzen gegen sie. Der Name ist dabei selbstverständlich Nebensache, denn die Arbeiterpartei, welche solche Tätigkeit entfaltet, zieht sich den tödlichen Haß der besitzenden und herrschenden Klassen zu, auch wenn sie sich konservativ, ultramontan, nationalliberal oder freisinnig benamsen würde.

Die Lage der Marmor-Industrie in Württemberg.

Der Absatz dieser Industrie hat im Laufe des Jahres in manchen Gebieten des Landes eher ab- als zugenommen. Der Grund hiefür mag durch verschiedene Umstände hervorgerufen sein. In erster Linie trägt die Verteurung des Materials aus Italien schuld durch die Bildung der Bruchvereinigung sowie der dortselbst ausgebrochenen Streiks, wodurch weniger Marmor geliefert wurde. Der inländische Marmor hat bis jetzt den Absatz noch nicht so gefunden, wie er es verdient, entweder daß die Gewinnung des Marmors nicht fachmännisch genug befördert wird, oder es fehlte an der nötigen Reklame. Durch die Fabrikation des künstlichen Marmors ist ebenfalls kein Vorteil erwachsen, werden doch z. B. im Jagstkreis von dem künstlichen Marmor bereits Büfett-Thekenplatten, Waschtischaufsätze u. s. w. gefertigt zu billigerem Preis, weshalb das kaufende Publikum lieber den billigeren Kunstmarmor als den echten teuren Marmor nimmt. Ferner bei Grabdenkmälern z. B. wurde früher noch eher Marmor genommen, was jetzt nachläßt, da sich sogar der Bauersmann auf dem Lande eher ein gestocktes Syenit-Denkmal kauft, als den Marmorstein, der ihm mit der Zeit zu schmutzig wird und die Preise gegeneinander verglichen, nicht zu hoch differieren.

Wo man im ganzen Lande die Geschäftsinhaber besucht, so hört man, daß in Marmor keine Nachfrage sei, alles verlangt Granit und Syenit. Die Möbelplattenfabrikanten und Geschäfte einzelner Gegenden selbst müssen sich sagen, daß aber auch in der Plattenarbeit die Nachfrage nachläßt, wie gerade im Jagstkreis. Hatte doch vor zwei Jahren eine Fabrik dortselbst stets starken Absatz gehabt, jetzt arbeiten die Leute auf Vorrat von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Mittags. Ob aber der Vorrat in absehbarer Zeit genommen wird, ist eine andre Frage. Aber auch viel Schuld an dem geringen Absatz von Marmorwaren mag mancher Geschäftsmann selbst haben, denn dadurch, daß er sein Rohmaterial nicht in den größeren Schneidereien nimmt, wenn er nicht direkt von Italien kann kommen lassen, sondern vielleicht noch von kleinerem Geschäft als er selbst hat, wird das Material bedeutend verteuert und ohne Verlust kann er nicht verkaufen, es müßte denn sein, daß er zur Beibehaltung seiner Kundschaft lieber zusetzt, als dieselbe ganz zu verlieren und dies Verfahren hört man öfter sagen, und daß sich die Zeiten auch wieder bessern werden. Das letztere wäre sehr zu wünschen. Denn es ist bekannt, daß bei schlechtem Absatze, wenn kein Reservefonds vorhanden, mancher seither gehabte Kredit entzogen wird, was alsdann größeren Nachteil für den betreffenden Geschäftsmann ist, als ein vorübergehender geringer Absatz. (Steinindustrie Frankfurt a. M.)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Nachdem der Verband am 1. Januar in Kraft getreten, sämtliches Material an die Zahlstellen, welche nach dem Statut Selbstverwaltung erhalten, versandt worden ist, sich dieselben konstituiert und die Lokalverwaltungen gewählt sind, kann in der Neuorganisation ein weiterer Schritt gemacht werden. Das ist die Ausführung des vom Leipziger Kongreß angenommenen Antrags über die Gaueinteilung.

In dem von uns herausgegebenen Leitfaden ist das Statut und die Geschäftsanweisung für die Gauvorstände bereits enthalten, da derselbe jedoch nicht allen Mitgliedern unsres Verbandes zugänglich ist, wir aber voraussetzen, daß die Verwalter der Zahlstellen die Mitglieder, soweit es möglich ist, damit bekannt machen, dürfte ein kurzer Hinweis auf alle die Funktionen einer Gauverwaltung und Erklärung des Statuts von Nutzen sein. Das Statut lautet in seinem 1. Absatz:

> Zwecks Förderung und Erleichterung der Agitation hat der Verbandsvorstand das Gebiet des deutschen Reichs in zweckentsprechender Weise in Gaue einzuteilen. Für jeden Gau wird aus den dem Gau angehörenden Vereinen mit Einverständnis des Zentralvorstandes ein Gauleiter gewählt, der dem Verbandsvorstand verantwortlich ist. Der Verbandsvorstand bestimmt auch den Sitz des Gauvorstands.

Zu diesem Absatz ist zu bemerken, daß sich die Einteilung der Gaue an die alten bestandenen Agitationskommissionen anlehnt. Der Zusammenhang der Agitationskommissionen mit der Zentralleitung hatte sich in letzter Zeit zu sehr gelockert, auch waren die letzteren in ihren Maßnahmen in Bezug auf die Agitation 2c. zu sehr auf die Direktiven der Zentralleitung angewiesen, weil es an organisatorischen Vorschriften mangelte; wir glauben dem abgeholfen zu haben mit einer bestimmten Geschäftsordnung. Es werden die Gauleitungen mehr auf eigene Füße gestellt, auch in finanzieller Beziehung, indem ihnen ein bestimmter Teil der im Gau vereinnahmten Beiträge überwiesen wird, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß auch unsre Kollegen durch den modernen Entwicklungsgang des Proletariats sich in Verwaltungssachen sowie in Lohnkämpfen mehr ausgereift haben, daß es wohl kein Risiko ist, wenn diese Instanzen mit einer größeren Selbständigkeit ausgerüstet werden, und nun nicht auf die Direktiven des Zentralvorstands warten, sondern umgekehrt denselben in regelmäßigen Berichten, welche in letzter Zeit fast ganz ausgeblieben sind, über die Lage in den einzelnen Distrikten aufzuklären, damit nach gegenseitigen Verständigungen das beste und richtigste getroffen wird. Das Gebiet des deutschen Reiches ist nun zu diesem Zweck in 15 Gaue geteilt, welche am Schlusse mit den dazu gehörigen Zahlstellen folgen. In jedem Gau ist von uns auch der Sitz bestimmt, und sind uns gegenteilige Meinungen seit der provisorischen Bekanntgabe nicht zugegangen. Für diese Periode bis zum nächsten März, in dem die Neuwahlen stattzufinden haben, dürfte ein genaues Einhalten des vorgeschriebenen Wahlverfahrens nicht durchzuführen sein, teils haben schon einige Vororte zu dieser Frage Stellung genommen, teils dürften auch manche kleine Orte sich noch nicht konstituiert haben, um zweckdienlich in die Wahl eingreifen zu können. Die in die Gauleitung zu wählenden Personen müssen ihren Wohnsitz am Wohnort haben.

Nach Absatz 2 des Gaustatuts haben die Gauleiter die Aufgabe:

> Nach Verständigung mit dem Verbandsvorstand die Agitation für den Verband in ihrem Gau zu betreiben, ferner bei Lohnbewegungen die Interessen des Verbands zu wahren, dem Verbandsvorstand auf dessen Ansuchen sowie aus eigener Initiative Informationen über die Vorgänge und Verhältnisse in den Zweigvereinen des Gaues zu erteilen, sowie notwendige Revisionen der Kassen einzelner Vereine auszuführen.

Die Agitation ist als eine der Hauptaufgaben für die Gauleitung zu betrachten. Vor allem muß dieselbe planmäßig betrieben werden, nicht immer zugleich auf allen Punkten einsetzen mit Versammlungen, um keinen Mangel an Referenten aufkommen zu lassen. Die Versammlungen gehörig vorbereiten, um das nötige Interesse an denselben zu erwecken, kurz, es muß alles getan werden in bestimmter Ordnung.

Eine wichtige Tätigkeit kommt den Gauvorständen zu, bei Lohnbewegungen, Tarifverhandlungen und Arbeitseinstellungen resp. Aussperrungen. Hier muß vor allen Dingen praktisch und planmäßig vorgegangen werden. Darum hat er sich auch einer bestimmten Sachkenntnis über Tarif, Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befleißigen. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß Verstöße gegen gewerbegesetzliche und kontraktliche Bestimmungen und Verträge nicht vorkommen; durch solche das Verfangen in den Maschen der Gesetze ist die Unternehmerklasse leicht in der Lage, die Arbeiter um ihre Rechte zu bringen. Die eingehendsten Details werden in dem schon erwähnten Leitfaden dargeboten. Es erübrigt sich darum, hier noch weiteres auszuführen.

Eine große Hoffnung haben wir in Bezug auf eine geordnete und geregelte Geschäftsführung in den Zahlstellen auf die Gauleitung gesetzt; es muß hier ganz gründlich Wandel geschaffen werden, was jetzt um so leichter ist, weil durch die Neuorganisation neues und schematisch durchgearbeitetes Material versandt worden ist. Das Mißtrauen, welches einen Teil Berufsgenossen in Bezug auf Geldsachen (denn dort hört die Gemütlichkeit auf) von unsrer Organisation ferngehalten, ist nur zum Teil, soweit es sich um Böswilligkeit handelt, berechtigt, zum Teil ist oder war es nur Unkenntnis und Bummelei. Hier heißt es Vorsicht! Lieber einmal mehr kontrolliert und Fehler beizeiten aufgedeckt und abgeändert, ehe die Zahlstelle zu Schaden kommt.

Also die Ueberwachung der Zahlstellen wird den Gauvorständen zur ganz besonderen Beachtung empfohlen. Die Gauleitung erhält 3 Prozent von den im Gau vereinnahmten Beiträgen vom Zentralvorstand überwiesen, und darüber haben sie in der im Leitfaden vorgeschriebenen Weise zu verfügen. Jedes Mitglied des Gauvorstands erhält einen Leitfaden; gleichzeitig werden mit dieser Nummer des Steinarbeiter Adressenkarten versandt, welche als Drucksache deutlich mit den Vorstandsnamen ausgefüllt hierher gesandt werden müssen. Nach dem wird ein Adressenverzeichnis alphabetisch nach Gauen geordnet angefertigt. Gleichzeitig erhalten die Gauverwaltungen die Verbandsnummern ihrer im Gau befindlichen Zahlstellen. Jetzt gilt es nun, die Wahlen sobald als möglich vorzunehmen und uns die Wahlresultate nebst Adressen zugehen zu lassen. Der gewählte Gauvorstand hat sich mit seinen Zahlstellenverwaltern in Verbindung zu setzen und sich über den Stand der Dinge zu informieren und einen informierenden Bericht hier einzusenden.

Es sind dann, soweit es tunlich ist, wie alljährlich im Frühjahr die Konferenzen der Agitationskommissionen abzuhalten, Gaukonferenzen abzuhalten, um einen geistigen Austausch und Kommunikation zu pflegen. Tut und erfüllt hier jeder gewissenhaft seine Pflicht, so wird auch unser Verband eine achtunggebietende Stellung einnehmen im großen Völkerbunde, welcher errichtet ist auf dem Wort unsers Altmeisters Karl Marx:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

* * *

Gaueinteilung.

I. Gau. Berlin Vorort.

4 Berlin I.	4 Königsberg.
Berlin II.	Potsdam.
2 Brandenburg.	4 Posen.
2 Frankfurt a. O.	4 Stettin.
2 Greifswald.	

II. Gau. Striegau Vorort.

Alt-Warthau, Steinmetzen.	Hokenau Neudorf.
Alt-Warthau, Brecher.	Hüslicht i. Schles.
2 Bunzlau.	2 Plagwitz-Löwenberg.
2 Breslau.	2 Striegau.
Beuthen.	2 Strehlen i. Schl.
Deutmannsdorf.	Wenig-Rackwitz.

III. Gau. Dresden Vorort.

2 Bautzen.	Meißen.
Demitz-Thunitz.	2 Neundorf.
2 Dresden.	Oppach.
Görlitz.	Pirna, Sandsteinarbeiter.
Horka.	Pirna, Mühlsteinarbeiter.
Häßlich i. S.	Posta.
Krippen.	2 Riesa.
Löbau.	2 Zittau.

IV. Gau. Leipzig Vorort.

Beucha-Brandis.	Mittweida.
2 Chemnitz.	2 Nebra.
Greiz.	Planen.
Gera.	Schneeberg.
Grimma.	2 Schreiersgrün.
Halle.	2 Wittenberg.
2 Leipzig I.	Weißenfels.
Leipzig II.	2 Wechselburg.
Löbejün.	2 Zwickau.
2 Magdeburg.	

V. Gau. Erfurt Vorort.

2 Koburg.	Kronach.
2 Kassel.	2 Mühlhausen i. Thür.
2 Erfurt.	Rudolstadt.
Eisenach.	Reissenhausen.
Gotha.	Wandersleben.
Göttingen.	

VI. Gau. Braunschweig Vorort.

2 Alvensleben.	Mehle-Osterwald.
2 Braunschweig.	Osterhalz.
Braunlage.	4 Osnabrück.
Brackwede.	Springe.
2 Hannover.	Wernigerode.
Leopoldsthal.	

VII. Gau. Hamburg Vorort.

4 Bremen I.	2 Lüneburg.
Bremen II.	2 Lübeck.
2 Hamburg I.	2 Oldenburg.
Hamburg II.	Ohlsdorf.
2 Kiel.	4 Rostock.

VIII. Gau. Düsseldorf Vordrt.

Bonn.	Essen.
Bittermark.	Elberfeld.
2 Düsseldorf.	Horst a. d. R.
Duisburg.	2 Köln a. Rh.
2 Dortmund.	Werden.

IX. Gau. Frankfurt a. M. Vorort.

2 Frankfurt a. M.	Wiesbaden.
Fechenbach.	Weidenhahn.
Ober-Mörln.	

X. Gau. Mannheim Vorort.

2 Heppenheim.	2 Mannheim.
2 Karlsruhe.	Speier.

XI. Gau. Straßburg (Els.) Vorort.

Kolmar.	4 Metz.
4 Konstanz.	2 Ottenhöfen.
2 Freiburg i. Br.	2 Straßburg.
2 Mülhausen i. Els.	Seeau-Lörch.

XII. Gau. Stuttgart Vorort.

Göppingen.	2 Stuttgart.
Knittlingen.	2 Ulm.
Neuenstein.	Weinsberg.

XIII. Gau. München Vorort.

Bruckmühl.	4 München.
4 Kelheim.	

XIV. Gau. Würzburg Vorort.

2 Ebelsbach.	2 Rothenburg v. d. T.
2 Grünsfeld.	2 Würzburg.
4 Nürnberg.	

XV. Gau. Schwarzenbach a. S. Vorort.

2 Bayreuth.	Rehau.
Berneck.	Schwarzenbach.
2 Hof.	Schönwald.
Münchberg.	Jörßau.
Marktleuthen.	Wunsiedel.
Pilgramsreuth.	

Die Zahlstellen mit Sperrdruck sind Unterstützungsorte.

* * *

Wir ersuchen, bei Bestellung von Markenmaterial genau anzugeben, ob Verbandsmarken oder alte Beitragsmarken gemeint sind, da bei den vielen Bestellungen von alten

Marken sonst leicht Irrtümer vorkommen können. Dasselbe gilt bei Bezahlung der Beitragsmarken.

Reste aus vorigem Jahre können nur mit alten Beitragsmarken beglichen werden.

Marken an Einzelzahler werden **nur** nach vorheriger Einzahlung des Betrages hier abgegeben.

* * *

Neue Beitragsbücher, welche verschrieben oder sonstwie unbrauchbar werden, sind einzusenden; dieselben werden durch andere ersetzt.

* * *

Da uns bekannt geworden ist, daß Vertrauensleute irrtümlicherweise noch alte Quittungsbücher ausstellen, so erachten wir es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dies unstatthaft ist. Wir werden derartige Bücher nicht anerkennen und etwa darin geklebte Beitragsmarken für ungültig erklären. Im Interesse der sich organisierenden Kollegen selbst liegt es, in solchen Fällen diese Bücher zurückzuweisen und darauf zu dringen, ein neues Buch zu erhalten, da in allen Orten, die ihre alten Kontos geregelt haben, das Verbandsmaterial zur Stelle sein muß.

* * *

Einzelzahler müssen bei Einsendung ihrer Beiträge auch das Quittungsbuch mit beifügen.

* * *

Die Ortsverwaltungen erhalten mit dieser Nummer eine Adressenkarte zugesandt, dieselbe ist genau nur mit den Namen ausgefüllt als Drucksache hier einzusenden; nachdem wird ein genaues Adressenverzeichnis angefertigt. Bis dahin bleiben vorläufig alle Adressenveränderungen unveröffentlicht.

* * *

Um auch in den Rubriken des Beitragsbuches, die arbeitslos oder krank abgestempelt werden müssen, eine einheitliche Geschäftsführung herbeizuführen, haben wir diesbezügliche Stempel anfertigen lassen, die wir zum Selbstkostenpreis abgeben. Um nun das von uns angestrebte durchzuführen, ersuchen wir die Vertrauensleute, sich dieser Stempel zu bedienen resp. dieselben bei uns zu bestellen.

* * *

Für Reisende sei noch bemerkt, daß Kehlheim jetzt vier Tage Unterstützung auszahlt.

* * *

Auf verschiedene Anfragen hin sei hier nochmals gesagt, daß alle Kollegen, welche organisiert waren und ihr altes Buch in Ordnung haben, ohne Eintrittsgeld in den Verband eintreten, also **keine** Eintrittsmarke zu kleben haben. Der 1. Januar ist bei allen früher Organisierten als Eintrittsdatum zu setzen, denn von da fängt der Verband gesetzlich an. Dasjenige Buch, wo keine Eintrittsmarke geklebt und der Raum abgestempelt ist, beweist zur Genüge, daß der Inhaber seinen Verpflichtungen nachgekommen, und sind hierdurch alle Rechte erworben.

* * *

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei einer vorkommenden Maßreglung sofort an den Zentralvorstand berichtet wird. Die Gewährung der Unterstützung wird von obigem Bericht abhängig gemacht. Im übrigen verweisen wir auf das Statut.

Der Zentralvorstand.

An die Versammlungs-Schriftführer.

Die Redaktion ersucht die Schriftführer, die Berichte doch endlich kürzer fassen und deutlicher schreiben zu wollen.

Will man in Zukunft Streichungen aus dem Wege gehen, so mögen diese Zeilen Beachtung finden.

Wo soll das hinführen, wenn die Berichte so unendlich lang und dabei doch sehr inhaltlos gehalten sind.

Man verlangt, daß auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, dem der Gewerbegerichts- und anderer gerichtlicher Urteile sowie des Submissionswesens mehr als bisher im Steinarbeiter Bezug genommen werden möchte. Dieses kann trotz des größern Formats des Steinarbeiters nur dann geschehen, wenn die Berichterstatter nur das wichtigste von den Versammlungen der Oeffentlichkeit übermitteln wollten.

Soziales.

Im Zeichen der Krise. Die bayrisch-böhmischen Rohglasfabrikanten haben am 16. Dezember beschlossen, wegen Mangels an Absatz ihre Betriebe in der Weise einzuschränken, daß die sämtlich in Betrieb befindlichen Glasöfen in der Zeit bis zum 1. März 1903 auf die Dauer von 72 Tagen kalt zu stellen sind. Dieser Beschluß bedeutet für viele Tausende von Arbeitern der Oberpfalz, Oberfrankens und Niederbayerns, namentlich aber Böhmens, erneutes und vermehrtes Elend. Die Rohglasarbeiter leben, wenn sie vollauf beschäftigt sind, schon in den allerdürftigsten Verhältnissen.

Mit einer interessanten Unfallangelegenheit wird sich demnächst das Reichsversicherungsamt zu befassen haben. Ein Arbeiter, der stets einen Jahresverdienst von 1400 Mk. und mehr hatte, wurde während der vorjährigen Notstandsarbeiten von der Stadt Düsseldorf zu einem Tagelohn von 2 Mk. beschäftigt. Bei dieser Tätigkeit zog sich der Mann einen schweren Unfall zu, der die Festsetzung einer Rente bedingte. Auf Grund des ortsüblichen Tagelohns wurde die Vollrente mit 600 Mk. festgesetzt, während sie nach seinem früheren Lohn 933 Mk. betragen hätte; der Arbeiter ist also um mindestens 300 Mk. geschädigt worden, weil er vorübergehend zu dem geringen Lohnsatze von 2 Mk. Beschäftigung hatte annehmen müssen. Diese Form der Rentenberechnung ist zwar durch den Wortlaut des Gesetzes gestützt, war aber jedenfalls vom Gesetzgeber nicht beabsichtigt. Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft ist die Berufungsklage anhängig gemacht worden.

ee. **Plauen i. V.**, 14. Januar. Daß unsere Gerichte auch mild urteilen können, beweist ein Fall, der heute vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung kam. Angeklagt war ein Steinbruchsbesitzer Himmer aus Theuma wegen fahrlässiger Tötung. Im Himmerschen Steinbruche hatte sich nämlich ein Unfall dadurch ereignet, daß ein Arbeiter von einer Transmissionswelle am Pumpwerk erfaßt und mehreremal herumgeschleudert wurde. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, nicht, wie es Vorschrift ist, eine Klingel nach dem Maschinenhaus angelegt zu haben, wodurch es möglich gewesen wäre, die Maschine schneller zum Stehen bringen. Himmer ist selbst Vertrauensmann der Steinbruchsberufsgenossenschaft. Das vorgetragene ärztliche Gutachten lautet daher, daß der Tod nicht durch die Verletzungen, sondern durch Herzlähmung, die allerdings durch die Erschütterungen des Körper- und Nervensystems bei dem Unfall eintraten, erfolgt sei. Das Gericht sprach den Angeklagten kostenlos frei, da ein Zusammenhang des Unfalls mit dem Tode nicht hätte gefunden werden können. (!)

Submissionsresultate.

Zum Submissions-Unwesen liefert die Ausschreibung der Malerarbeiten bei dem neuen Berliner Gaswerk in Tegel eine kaum glaubliche Illustration. An dieser Submission hatten sich eine große Anzahl Berliner Firmen beteiligt und das Resultat zeitigte die wunderbarsten Blüten. Der Meistfordernde hatte die Summe von 47754.88 Mk., der Mindestfordernde den Betrag von 17073.40 Mk. angegeben. Unter den Interessenten entstand eine lebhafte Aufregung, umsomehr, als früher schon die mindestfordernde Firma andre unterboten hatte. Die Sache gestaltete sich aber anders, als man vermutete. Die betreffende Firma war nämlich genötigt, der städtischen Behörde anzuzeigen, daß ein Fehler bei der Kalkulation vorgekommen sei, der den Unterschied im Preise von 30000 Mk. zur Folge hatte. Auf Ersuchen dieser Firma ist das Angebot zurückgezogen worden und nun will man zu einer neuen Submission schreiten.

Potsdam. Lieferung von Granitstufen für den Neubau der Vorschule.

Namen der Submittenten	Gesamtforderung
Neisser Granitwerke, Neisse	3297.83 Mk.
Bruchner, Wunsiedel	2519.54 „
Ernst Eisold, Demitz-Thumitz, sächs. Granit	2016.85 „
C. Sebastian, Striegau-Haslicht	3159.85 „
Paul Kuveke, Breslau	3039.34 „
Gustav Schmidt, Biesig i. Oberlausitz	2173.33 „
Wilh. Kramer u. Ko., Jauer	2873.70 „
Julius Gierisch, Kamenz i. S.	**2009.27** „
C. C. von Thaden, Görlitz	2510.31 „
R. Körber, Büchelberg i. Bayern	**3601.65** „

Gerichtliches.

Der Justizminister und die Arbeitersekretariate. Das Arbeitersekretariat Beuthen war bekanntlich von den dortigen Polizeibehörden und in Uebereinstimmung mit ihnen von den zuständigen Gerichten als ein anmeldepflichtiger Gewerbebetrieb behandelt und der Leiter des Instituts wegen unterlassener Anmeldung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Dieses den Absichten des Gesetzgebers widersprechende Verfahren führte zu einer Verhandlung im Reichstage und dort gab der Vertreter des Reichskanzlers, Graf Posadowsky, in Uebereinstimmung mit allen Parteien die Erklärung ab, daß nicht beabsichtigt gewesen ist, die Arbeitersekretariate als anmeldepflichtige Gewerbebetriebe zu behandeln und das Urteil gegen das Beuthner Sekretariat den Ansichten der Reichsregierung widerspreche. Das Urteil blieb indessen bestehen. Der Arbeitersekretär Genosse Winter in Beuthen richtete nun an den preußischen Justizminister das Gesuch, die Strafe zu erlassen. Der Justizminister hat jedoch, wie die Breslauer Volkswacht berichtet, das Gesuch abgelehnt. Der preußische Justizminister scheint demnach die Ansicht des preußischen Ministerpräsidenten, die dieser in seiner Eigenschaft als Reichskanzler vor dem Reichstage hat abgeben lassen, nicht zu teilen. — Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß ein Versuch des Stadtrates in Gera, das Beuthner Muster nachzuahmen, von der preußischen Regierung im Keime erstickt worden ist.

Rundschau.

Der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung will das reichsstatistische Amt eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Es hat sich deshalb an die Generalkommission der Gewerkschaften gewandt. Eine Uebersicht über die Arbeitsvermittlung, einschließlich der gewerkschaftlichen, soll in dem vom 1. April 1903 ab erscheinenden amtlichen Organ für Arbeiterstatistik allmonatlich gegeben werden. Die Arbeitsvermittlungsstellen werden zu diesem Zweck vom 1. April ab regelmäßig befragt werden. Um eine allgemeine Uebersicht über die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu gewinnen, hat, wie wir hören, die Generalkommission eine Fragekarte mit folgenden vier Fragen versandt: 1. Besteht ein von der Verwaltungsstelle eingerichteter und verwalteter Arbeitsnachweis? 2. Werden die Arbeitsuchenden bei der Meldung fortlaufend in eine Liste eingetragen? 3. Erhalten die Arbeitsuchenden einen Nachweisschein, mit dem sie zu dem Arbeitgeber gehen, der Arbeiter verlangt? 4. Wie groß war laut der unter 2. erwähnten Liste die Zahl der vermittelten Stellen vom 1. Januar bis 15. Dezember 1902? Diese Karten sollen bis zum 20. Dezember wieder an die Generalkommission zurückgesandt werden.

Lösung des Arbeitsverhältnisses während des Arbeitstages. Gemäß §§ 105 und 122 der Gewerbeordnung kann die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch freie Uebereinkunft ausgeschlossen und eine andere Kündigungsfrist verabredet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn nur Ausschluß der Kündigung verabredet ist, mit dieser Abrede nicht die Möglichkeit der Lösung des Arbeitsverhältnisses in jedem Augenblick gegeben sein soll; vielmehr ist der Arbeitstag als Einheit anzusehen, und der Arbeitgeber wie der Arbeiter müssen den vollen Tag als Arbeitstag gelten lassen. Diese Ansicht vertrat das Gewerbegericht Charlottenburg und verurteilte, wie die Zeitschrift Gewerbegericht mitteilt, einen Arbeiter, der seine Thätigkeit am frühen Nachmittag eines beliebigen Tages niedergelegt hatte, zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe eines Tagelohnes an den Arbeitgeber. Nach der Vereinbarung konnte der Arbeiter ohne Kündigung zu jeder Zeit austreten oder entlassen werden, nach Ansicht des Gerichts aber nur mit dem Schluß eines Arbeitstages. Frühere Urteile der Gewerbegerichte in Berlin und München haben sich in demselben Sinne ausgesprochen.

Staatlicher Schutz der Arbeiter vor Streikbrechern. Sechs englischen Hutmachern wurde in Melbourne die Landung nicht gestattet, weil sie Arbeitskontrakte im Auslande eingegangen waren. Dies ist nach australischem Gesetz verboten; es soll auf diese Weise verhindert werden, daß die Unternehmer während eines Streiks vom Auslande Streikbrecher importieren können.

In Deutschland macht man es anders. Hier begünstigt man die Heranschleppung ausländischer Streikbrecher in jeder möglichen Art. Man beschützt sie vor „Belästigungen“ während des Transports dadurch, daß man ihnen besondere Reiseabteile anweist; man läßt ihretwegen Eisenbahnzüge auch an solchen Stellen halten, die nicht als Haltestellen im allgemeinen zu betrachten sind; man rangiert aus gleichem Grunde Wagen auf tote Geleise; man entsendet zu ihrem Empfange ein großes Polizeiaufgebot als „Ehrencompagnie“; man sperrt bei solchen Vorgängen ohne weiteres den öffentlichen Straßenverkehr ab, und diejenigen deutschen Arbeiter, die dieses Lumpengesindel schief ansehen oder es aufzuklären versuchen, belegt man mit hohen Strafen und sperrt sie ins Gefängnis oder Zuchthaus.

Eine Abänderung des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten bezeichnet die Kölnische Zeitung als „dringend nötig“. Die Sozialdemokratie fasse dort überall Boden. Schöffen wie an den Schöffengerichten, oder Geschworene wie bei den Schwurgerichten seien besser, als „verhetzte“ Arbeiter. Nachdem die Scharfmacher unter dem Unternehmertum mit ihrer Forderung auf Abschaffung der Gewerbegerichte nicht durchgekommen sind, versuchen sie es mit dem Verlangen nach Abänderung des Wahlrechts. Dabei verschlägt es ihnen nicht das mindeste, daß alle hervorragenden Sozialpolitiker einig darin sind, daß die Gewerbegerichte in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich gut bewährt haben. Die Scharfmacher sind eben aus Prinzip und Neigung die gehässigsten Schürer des Klassenkampfs; was sie an der Sozialdemokratie zu tadeln versuchen, das treiben sie selber mit der denkbar größten Ungeniertheit. Die Arbeiterschaft wird auch diesem Vorstoße des Scharfmachertums zu begegnen wissen. Das Gesetz für die Gewerbegerichtswahlen kann nur durch den Reichstag abgeändert werden. Es zeigt sich also auch hierbei, daß die Schwächung der reaktionären Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen im dringendsten Interesse der Arbeiter liegt.

Gemästete Agitatoren. Mit Vorliebe geht unsere skrupellose Kapitalistenpresse mit dem Märchen von der Mästerei der Arbeiterführer auf Kosten der Arbeiter hausieren. Zum Beweise dafür aber, wie die kapitalistischen Organisationen ihre Angestellten bezahlen, diene folgende Zusammenstellung des Rheinischen Bauernvereins: Generalsekretär 4500—7000 Mk., jährlich um 150 Mk. steigend, außerdem 500 Mk. Mietsentschädigung; Vorsteher der Versuchsstation 4000—6000 Mk., 500 Mk. Mietsentschädigung; Vorsteher der Konsumstation und Redakteur des Rheinischen Bauern 3500—5000 Mk. und 300 Mk. Mietsentschädigung; die Chemiker in leitender Stelle 2500—3700 Mk.; Vorsteher der Saatstelle 2000—3700 Mk.; Sekretär 1700—2700 Mk.; chemische Assistenten 1500—2500 Mk. Gleichzeitig ist eine Pensionsordnung aufgestellt, nach der nach zehn Jahren bei Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt gezahlt werden soll, das sich in dem Rahmen der für die Staatsbeamten gültigen Bestimmungen hält.

Ein neuer Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Osten Preußens hat sich nach einer Mitteilung aus Tilsit gebildet. Die Maurer- und Zimmererinnung des Innungsbezirks Insterburg, Gumbinnen, Darkehmen und Goldap teilt mit, daß der Verband als festbeschlossen gilt und daß der Sitz in Insterburg sein wird. Die Aufgabe dieses Arbeitgeberverbandes wird, wie es in der Bekanntmachung heißt, nicht geschäftlichen Interessen dienen, sondern den Kampf mit den Organisationen der Arbeiter führen, den Streiks und Aussperrungen seine ganze Kraft widmen.

Wirkungen der Krisis. Aus Baden wird berichtet, daß die kleinere Zigarrenindustrie auch diesen Winter in einzelnen Teilen der badischen Pfalz eine nicht geringe Krise zu überwinden hatte; einige kleinere Fabrikanten mußten den Betrieb einstellen. Im Bezirk Wiesloch, der etwa 6000 Zigarrenarbeiter zählt, sind Hunderte arbeitslos geworden. Man befürchtet, daß es noch schlimmer werden wird.

Der Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands blickt gegenwärtig auf ein 10jähriges Bestehen zurück. Aus der Jubiläumsnummer der Allgemeinen Steinsetzerzeitung ersehen wir, daß es viel Mühe und Arbeit gekostet hat, um die in alten Zunftanschauungen dahinlebenden Steinsetzer für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung zu interessieren. Erst im Jahre 1893 gelang es der Zähigkeit und unermüdlichen Agitation einsichtiger Berufskollegen, den Verband in seiner jetzigen Form zu begründen. Seitdem hat sich die Organisation kräftig entwickelt. An Mitgliedern zählt der Verband gegenwärtig zirka 5000 gegen knapp 2000 im Jahre 1893. Die Einnahmen haben sich versechsfacht, so daß bereits im Jahre 1901 mehr als das Doppelte für Streiks ausgegeben werden konnte, als was bei Gründung des Verbandes überhaupt eingenommen worden ist. Bedeutenden Mehrverdienst hat die Steinsetzer-Organisation ihren Mitgliedern erobert und ihnen ebenfalls durchweg eine Verkürzung der Arbeitszeit verschafft. Die Streiks von Stettin, Leipzig, Magdeburg, Hannover, Königsberg, Halle, Berlin 2c. sind nicht ohne Wirkung auf die Unternehmer geblieben. Gegenüber der früher üblichen 12- und mehrstündigen Arbeitszeit arbeitet der weitaus größte Teil der Steinsetzer nur noch 9—10 Stunden, ganz abgesehen von den überall erkämpften Lohnerhöhungen.

Der Ring der Granitsteinbrüche im Kt. Tessin ist in die Brüche gegangen, und zur Liquidation ist eine dreigliedrige Kommission ernannt worden. Ein gleicher Ring wurde seinerzeit von den Solothurner Steinbrüchen gegründet und hat sich gleichfalls aufgelöst. Dem frisch gegründeten Ring der Carrara-Steinbrüche (weißer italienischer Marmor) wird es wohl gleich ergehen.

Großer Granitbedarf in England. Die Nachfrage nach Granit auf englischen Plätzen ist so groß, daß die britischen Granitproduzenten lange Zeit unfähig waren, sie zu befriedigen. Vor 25 Jahren hätte der Vorschlag, Granit nach Aberdeen zu senden, geklungen wie die sprichwörtliche Redensart, „Kohle nach Newcastle* zu schicken“, heute ist jedoch der Import so bedeutend, daß kürzlich in einer Woche nicht weniger als sechs große Schiffe von ausländischen Häfen mit Granitladungen nach Aberdeen kamen. Früher errichtete man gewöhnlich Werkstätten zum Polieren und Bearbeiten in der Nähe der Steinbrüche. Heutzutage wird es für ökonomischer gefunden, das Material dahin zu bringen, wo die gewandtesten Arbeiter und die am vollkommensten eingerichteten Maschinenbetriebe bereit sind.

Der österreichische Steinarbeiterkongreß findet am 12., 13. und event. am 14. April 1903 in Wien statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichte; 2. Agitation und Organisation; 3. Streik und Boykott; 4. Arbeiterschutz in der Steinindustrie; 5. Fachpresse; 6. Angelegenheiten, die in den vorstehenden Punkten nicht erörtert wurden.

Die Verbandsadresse lautet von nun an: Verband der Steinarbeiter Oesterreichs: Wien VII./1, Seidengasse 17.

Den deutschen Arbeitern zur Beachtung empfohlen. Der französische Marineminister Pelletan hat in einigen ihm unter-

* Newcastle upon Tyne ist bekannt wegen seiner bedeutenden Kohlenbergwerke. Die englische sprichwörtliche Redensart „Kohlen nach Newcastle tragen“ entspricht unserem deutschen „Eulen nach Athen“ oder „Wasser ins Meer tragen“.

stellten Betrieben eine Zeitlang Versuche mit der achtstündigen Arbeitszeit gemacht und hat nunmehr für alle dem Marineministerium unterstellten Betriebe die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. So in — Frankreich; in England ist ähnliches zu verzeichnen. In Deutschland dagegen, dem „Staate der Sozialreform", der Gottesfurcht und frommen Sitte, sind derartige vernünftige Maßnahmen verpönt. Die Arbeiterorganisationen, die für den Achtstundentag eintreten, werden verfolgt und verlästert; dafür füttert man die Arbeiter mit elenden Phrasen über die Harmonie zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, bettelt von Staats wegen die Unternehmer an, um die Arbeiterbewegung bekämpfen zu können u. s. w. Das nennt man dann Arbeiterfürsorge in Deutschland. Ja, ja: Deutschland, Deutschland über alles . . .

Der nächste internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß findet, wie am 29. Dezember vom Internationalen Komitee in Brüssel beschlossen wurde, erst im Jahre 1904 statt. Bekanntlich sollte der Kongreß schon nächsten August in Amsterdam zusammentreten; in Anbetracht aber, daß Deutschland dieses Jahr die Wahlen zum Reichstag zu vollziehen hat, wurde die Vertagung für notwendig erachtet und demgemäß beschlossen.

Kriminalstatistik für 1901. Nach den vorläufigen Mitteilungen in den Vierteljahrheften zur Statistik des deutschen Reiches wurden im Jahre 1901 von deutschen Gerichten wegen Verbrechen und Vergehen insgesamt 497 300 Personen bestraft, was eine Zunahme von rund 27 500 Personen gegen das Jahr 1900 bedeutet, während die Jahre 1899 und 1898 um etwa 8000 höher standen wie 1900. Es ist also wieder eine merkliche Erhöhung der Kriminalität eingetreten, die wohl nicht mit Unrecht auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt werden kann. Diese Zunahme zeigt sich auch bei einfachem Diebstahl von 70 950 im Jahre 1900 auf 75 221 im Jahre 1901, einfachem Rückfalldiebstahl von 12 029 auf 13 101, schwerem Diebstahl von 9213 auf 10 232, schwerem Rückfallsdiebstahl von 2609 auf 3000, und in ähnlicher Weise stiegen auch die übrigen hauptsächlichsten Vermögensdelikte. Es stiegen ferner die Verurteilungen wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte von 16 120 auf 17 031, ohne damit jedoch die Zahl von 1899 zu erreichen, Hausfriedenbruch von 22 218 auf 22 816, gefährliche Körperverletzung von 93 079 auf 98 107, Nötigung und Bedrohung nur geringfügig, von 12 130 auf 12 325. Sehr erheblich hat der Meineid wieder zugenommen, nämlich von 615 auf 725, während seit Jahren bei diesem Delikt Abnahme zu konstatieren war. Auch die Sittlichkeitdelikte weisen eine nicht unerhebliche Zunahme auf, so namentlich Unzucht mit Gewalt und an Kindern von 4760 auf 5142, wobei unzüchtige Handlungen mit Personen unter 14 Jahren die Mehrzahl bilden, nämlich 3794 im Jahre 1900 und 4115 im Jahre 1901. Die Gesamtzahl der verurteilten Jugendlichen (12—18 Jahre) betrug 49 528.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Dem Jahresrückblick des Korrespondenzblattes auf die Gewerkschaftsbewegung entnehmen wir das nachstehende. Es führt aus, daß das vergangene Jahr unter dem Druck der Wirtschaftskrisis stand, daß die Arbeitslosigkeit einen erschreckend hohen Umfang angenommen hatte, so daß auch die öffentliche Meinung sich mit ihr befassen mußte, und fährt dann fort:

So standen alle Kreise des Gesellschaftslebens, Reich, Staat, Gemeinden, Industrie, Gerichte, Presse, unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit. Vor allem aber galt dies natürlich für die Gewerkschaften, denen nicht bloß die nächsten Hilfsaktionen für die Arbeitslosen zufielen, sondern die auch durch den die Arbeitslosigkeit begleitenden Druck des Unternehmertums auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden nach Möglichkeit zu entkräften suchen mußten. Und wir können wohl sagen, daß die deutschen Gewerkschaften den auf sie hereinstürmenden Gewalten standhielten und wacker ihre Pflicht erfüllt haben. Mußten sie in der vorigen Krisis alles aufbieten, um zunächst die eigene Existenz zu sichern, und dem Massenverlust von Mitgliedern entgegenwirken, so konnten sie diesmal, nachdem sie während des Aufschwungs die Organisation gut fundiert hatten, sofort tatkräftig für die Arbeitslosen eintreten. Und sie haben nicht nur einen namhaften Teil ihres Verbandsfonds für die Arbeitslosen geopfert, sondern sich auch außerdem zum Teil ganz erhebliche Steuern auferlegt, um den an sie herantretenden Ansprüchen zu genügen. Selbst solche Gewerkschaften, deren Statut keine Arbeitslosenunterstützung vorsieht, haben Tausende von Mark für Notfall-, Maßreglungs- und andern Unterstützungen bewilligt, und Zehntausenden von Arbeitslosen ist durch ihre Unterstützungen geholfen worden . . . .

In gleichem Maße, als die Gewerkschaften sich an den Aktionen zur Linderung der Arbeitslosennot beteiligten, erwachte aber auch ihr Interesse an einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosigkeitslasten, die sie bisher fast allein tragen mußten, ohne einen wesentlichen Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit entwickeln zu können. Dieser Einfluß liegt vielmehr bei den Unternehmern und bei den großen öffentlichen Arbeitgebern, die zugleich die Hauptschuld an dem die Arbeiterklasse drückenden Elend tragen, ohne an den Kosten der Unterstützung teilzunehmen.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte während der Krisis auf zahlenmäßig erkennbare Fortschritte nicht hoffen; ihr nächstes Streben mußte die Erhaltung des gegenwärtigen Mitgliederstandes sein. Das ist ihr auch völlig gelungen; war der Rückgang schon während des Ansturms im ersten Krisenjahre ganz unerheblich, so dürfte im Berichtsjahre nach den übersehbaren Erfahrungen ein weiterer Rückgang kaum zu verzeichnen sein. Manche Organisationen haben im Gegenteil ihre vorjährigen Verluste wieder ausgeglichen und andre berichten über weitere Zunahmen, so daß die Abnahme in einzelnen kleineren, von der Krisis besonders heimgesuchten Berufen kaum schwer ins Gewicht fällt, sondern durch die Zunahmen mehr als aufgewogen werden dürfte. Indes müssen erst die Winterquartal-Ziffern vorliegen, ehe man sich ein zuverlässiges Bild der gewerkschaftlichen Entwicklung machen kann. Die finanzielle Entwicklung der Gewerkschaften dürfte jedoch trotz ansehnlich gesteigerter Einnahmen durch die hohen Arbeitslosigkeits-Ausgaben ungünstig beeinflußt sein. Zum Glück bürgt das Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiterschaft, ihr wachsendes Vertrauen auf die gewerkschaftliche Organisation dafür, daß alle Verluste in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war im vergangenen Jahre der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß und mit ihm die internationale Gewerkschaftskonferenz, die wirksamer als alle früheren internationalen Kongresse die Internationalität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betätigte. Der Kongreß erledigte eine Fülle gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen von hoher Wichtigkeit . . . .

Den deutschen Gewerkschaften brachte das verflossene Jahr zwei Anerkennungen, die ebenso leicht über- als unterschätzt werden. Die Vertretung der Reichsregierung auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß war nichts andres, als der Ausdruck des Zugeständnisses, daß die deutschen Gewerkschaften sowohl eine legitime Vertretung der Arbeiterklasse, als auch ein bedeutender Faktor der öffentlichen Meinung des sozialpolitischen Lebens sind, dessen Urteil bei allen Arbeiterfragen nicht zu entbehren ist. Soweit diese Anerkennung den Gewerkschaften von den Staatslenkern bisher vorenthalten wurde, bedeutet sie allerdings einen Meinungswechsel der Regierung. Von einem Systemwechsel in Bezug auf die Behandlung der Gewerkschaften zu reden, wäre indes verfrüht, da jeder geringste Beweis hierfür durch die Last der Gegenbeweise erdrückt wird. Die gewerkschaftsfeindliche Tendenz der Regierungskreise besteht nach wie vor; sie kommt zur Geltung in tausend polizeilichen Nadelstichen, mit denen die Gewerkschaften fortgesetzt systematisch beunruhigt werden, in den ministeriell organisierten Justizaktionen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schanden zu machen drohen, in der Haltung des Staats selbst als Arbeitgeber und schließlich in der Art und Weise, wie die Krupp-Episode gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet wurde. Was will dagegen das geringe Zugeständnis bedeuten, daß man den Gewerkschaften gestattet, zur Statistik des Arbeitsmarkts beizutragen? Das beweist doch lediglich, daß man sie nicht entbehren kann. Dagegen werden sie von der wichtigsten Statistik der Streiks systematisch ferngehalten, um diese Statistik um so tendenziöser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auszugestalten und im Arbeitsstatistischen Amt wird ihnen keine Vertretung eingeräumt. Das Zolltarifgesetz ist zum Schaden der Arbeiterklasse angenommen worden, ohne ein einziges Gutachten einer der beteiligten Gewerkschaften einzuholen, obwohl von der Entscheidung einzelner Zollfragen das Wohl und Wehe ganzer Arbeiterberufe abhängig war. Und deshalb verweigert man den Gewerkschaften den für ihre Existenz unerläßlichen Schutz ihres Koalitions- und Streikrechts gegen behördliche und richterliche Eingriffe, weshalb erschwert man ihnen die korporativen Rechte, die Arbeitgeberorganisationen so leicht gewährt werden? Und wo liegt die Anerkennung des Gewerkschaftsprinzips: etwa in der Behandlung der Landarbeiter, deren beste Elemente durch die Unterdrückung jeder legalen Organisation systematisch zur Landflucht getrieben werden? — Die Gewerkschaften haben keine Ursache, allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und sich der Sorge der Staatslenker zu überlassen. Sie werden stets nur diejenige Anerkennung finden, die sie sich erkämpfen, sie werden sich wie bisher auf ihre eigene Macht verlassen, auf die Kräfte der klassenbewußten Arbeiterschaft stützen müssen, um das, was ihnen notwendig ist, zu erhalten, und um ihre Errungenschaften zu verteidigen. Was sie bisher erreicht, ist nicht einem Liebeswerben um höhere Gunst, sondern zielbewußter Organisierung der Arbeitermassen zu danken; auf dieser gesunden Basis ruhen auch ihre Zukunftserfolge.

Eingesandt.

Eingesandt zur Reiseunterstützung. Die Mängel der jetzigen Auszahlungsform sind schon genügend beleuchtet worden. Fast in jedem Versammlungsbericht liest man Proteste gegen dieselbe; ich habe nur noch wenig hinzuzufügen. Auf dem letzten Kongreß, wo die Einführung dieser „Tagegelder" beschlossen wurde, wurde gleichzeitig konstatiert, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Steinarbeiter 10 Wochen (= 70 Tage) beträgt.

Nun weiß man allerdings, daß nicht jeder Arbeitslose reist, aber man weiß auch, daß gerade der Herumwandernde gewöhnlich länger arbeitslos ist als der Ansässige. Also war die Unterstützungsdauer (60 Tage) schon von vornherein sehr kurz bemessen. Aber Karenzen müssen sein; das ist nun einmal Kongreßbeschluß und da ist nichts dran zu ändern; oder wollen wir auch die ganze Reiseunterstützung durch Urabstimmung aus der Welt schaffen? Unmöglich durfte man aber diese mangelhafte Einrichtung noch mehr quetschen, wie es zum Erstaunen so Vieler geschehen ist.

Ist es nicht überhaupt den Kongreßbeschluß geradezu — umgangen, wenn der Zentralvorstand aus Tagegeldern auf einmal 80 Kilometergelder drechselt?

Es werden nach meiner Meinung auch gerade durch die Reiseunterstützung viel junge Kollegen gewonnen, die sich dann nach und nach zu tüchtigen Gewerkschaftlern ausbilden; das ist aber bei der jetzigen Form unmöglich.

Ich glaube daher im Sinne der Mehrzahl unsrer Verbandskollegen zu handeln, wenn ich den Zentralvorstand ersuche, die jetzige Auszahlungsform baldmöglichst dahingehend umzuändern, daß der reisende Kollege tatsächlich pro Tag seine 60 Pfg. erhält, auch wenn er einmal keine 80 Kilometer gerannt sein sollte, wie es ja im Verbandsstatut steht und jedenfalls auch gemeint ist. Auf alle Fälle hoffe ich, daß sich der Zentralvorstand hiezu äußert.

Demme-Potsdam.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Dortmund. Die Kollegen Ludwig Aller aus Muksfeim, geb. 12. Mai 1884, Johann Ambacher aus Reva (Oesterreich), geb. 5. Oktober 1874, Lambert Noirfalise aus Liege (Lüttich), geb. 29. September 1854 und Wilhelm Spillner aus Freiheit (Harz), geb. 17. Januar 1884, sind von hier abgereist und haben ihre Bücher in Unordnung liegen lassen.

Der Vertrauensmann.

Essen a. Ruhr. Der Steinmetz Anton Adams aus Niederbreizig, geb. am 7. April 1873, organisiert seit 1890, hat sein Buch hier in größter Unordnung liegen lassen.

Karl Jäger, Vertrauensmann.

* * *

Hörstel (Westfalen). Die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Steinmetzen Karl Striegel zukommen zu lassen.

W. Schmidt, Bergeshowede b. Hörstel (Westfalen).

* * *

Mannheim. Dem Kollegen Richard Firl aus Groß-Hartmannsdorf (Schlesien), geb. 2. Oktober 1868, ist sein altes Buch nebst Statistik abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Der Vertrauensmann.

* * *

München. Dem Steinmetz Georg Langecker, geb. 6. März zu Abensberg (Bayern), ist kein neues Buch auszustellen, da er dasselbe bei mir nicht mehr abgeholt hat. Er ist im Besitz eines Verbandsbuches der Schweizer Steinarbeiter.

Jos. Fuchs, Vorsitzender.

Adressen-Aenderungen.

Koburg. Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung bis auf weiteres in meiner Wohnung von 5 bis 8 Uhr Abends ausgezahlt wird.

Daniel Schmidt, Neuses b. Koburg, Nr. 49.

Stuttgart. Die Adresse des Vorsitzenden ist Joh. Ellwanger, Stuttgart-Heßlach, Benkendorfstr. 9, I. Betreffs Agitation wende man sich an Jos. Rothmund, Militärstraße 94a.

Wittenberg. Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer Robert Schlieckmann, Mauerstraße 12, I., ausgezahlt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 12. bis mit 17. Januar 1903:

Osnabrück, Beitrag 9.60, IV. Qu. 10.20, Delegiertensteuer 2.50, Ins. 1.80; Stettin, III.—IV. Qu. 9.20, Beitrag 5.80; Pilgramsreuth, Beitrag 25.—; Hof, Beitrag 18.50, IV. Qu. 2.40; Brüx, I—II. Qu. 3.76; Heimbach, Beitrag 16.40; Einbeck, I. Qu. 3.20; Striegau, Beitrag 825.—, Ins. 2.20, Protokolle 2.—, IV. Qu. 127.20; Leipzig, Protokoll 0.20; Oldendorf, Beitrag 1.20; Hammelspringe, Beitrag 0.80; Berneck, Beitrag 25.75; Weißenfels, IV. Qu. 0.60; Beuthen, III. u. IV. Qu. 2.40, Beitrag 5.90, Delegiertensteuer 0.50; Klein-Berkel, I. Qu. 1.20; Frankfurt a. Oder, Beitrag 1.25, Delegiertensteuer 3.75, Maimarken 3.—; Homburg, I. Qu. 0.95; Beuthen, Beitrag 0.50, I. Qu. 0.90; Bremen II, IV. Qu. 16.20, Beitrag 58.25; Mannheim, IV. Qu. 36.—, Ins. 2.10, Op. Ital. 0.90; Hausberge, Beitrag 3.40, Delegiertenst. 0.25 (Meyer); Tröstau, IV. Qu. 3.—; Heldrungen, Beitrag 2.80; Gera, Beitrag 68.50, IV. Qu. 7.20; Rixdorf, IV. Qu. 0.90; Blankenburg, I. Qu, 1.—; Hockenau, Beitrag 1.—; Lörrach, Beitrag 0.80, Delegiertensteuer 0.20; Harburg, Beitrag 25.—; Hemsbach, I. Qu. 1.20; Leipzig I, Beitrag 25.—, Hauptbuch 2.50, Extrasteuer 1.—; Amsterdam, IV. Qu. 1.30; Oppach, Beitrag 7.50; Kehlheim, Beitrag 4.80; Dessau, Beitrag 44.50, Beitragsbücher 0.20, IV. u. I. Qu. 6.60; Kiel, Beitrag 25.—; Weinsberg, Beitrag 1.50; Stuttgart I, Beitrag 40.—; Frankfurt a. M., Maimarken 8.50, Extrasteuer 38.50, Delegiertensteuer 20.50, Beitrag 73.10; Mülhausen i. Els., Beitrag 7.50; Marktleuthen, IV. Qu. 7.20, Maimarken 1.—, Beitrag 13.50; Göppingen, Beitrag 10.40; Dortmund, IV. Qu. 18.—, Ins. 1.—, Beitrag 7.50; Berlin I, Beitrag 66.—; Striegau, Ins. 1.40 (Bänsch).

F. Lange.

Berichtigung. In vorletzter Quittung soll es unter Chemnitz nicht 2.20 Mk., sondern 20.20 Mk. heißen.

Briefkasten.

Kohl, Lübbecke. Da Du vom 1. Januar Marken geklebt hast, erwächst Dir kein Nachteil aus dem späten Ausstellungsdatum, es ist uns hier ein Fehler unterlaufen und sind die Bücher nach dem Eingang in der Liste ausgestellt.

L., Strehlen. Das Inserat kostet 1.60 Mk.

Deubner, Herdecke. Die gewünschte Adresse heißt: E. O. in Lindlar, Kreis Wipperfürth, Rheinland.

Anzeigen.

Associationen, Geschäftsverkäufe, Hypotheken-Vermittlung 2c. durch **Wilhelm Hirsch, Mannheim, S 6.**

Bekanntmachung.

Joseph Gründel wo bist Du? Dein Bruder sucht Dich wegen wichtiger Angelegenheit.

Adresse: **Karl Gründel in Breslau**
Uferstraße Nr. 55.

Todes-Anzeigen.

Am 15. Januar verschied unser Kollege

August Müller

im Alter von 35½ Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Pirna.

Am 16. Januar starb unser Kollege

Louis Sips

im Alter von 47 Jahren nach acht Jahre langem schwerem Leiden.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden.

Nachruf.

Im 8. Januar verschied unser werter Kollege

Karl Gaffron

im Alter von 54 Jahren an Leberanschwellung.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Striegau.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 4. **Sonnabend, den 24. Januar 1903.** **7. Jahrgang.**

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter von Pirna.

(Zusammengestellt nach statistischen Erhebungen für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902.)

Die Organisation der Steinarbeiter von Pirna läßt seit 1894 statistische Erhebungen anstellen und bearbeiten. Dieselben haben den Zweck, ein genaues Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse der Steinarbeiter am Ort zu geben. Bei dem Abschnitt Lohnverhältnisse sind die Ergebnisse der früheren Jahre mit angeführt. Von dem Jahr 1899 zu 1900 sind keine Aufzeichnungen vorhanden, fehlen deshalb in den Tabellen; diese Lücke ist bedauerlich, läßt sich aber nicht ändern.

An der Statistik beteiligt sind 129 Steinarbeiter, gegen 237 im Vorjahr; ein sehr wesentlicher Rückgang der Beteiligungsziffer. Es ist hiedurch zweifellos erwiesen, daß viel weniger Arbeit vorhanden war wie in früheren und auch im Vorjahre, denn alle am Ort Beschäftigten sind an der Statistik beteiligt. Es ist hieraus schon ganz deutlich zu sehen, in welchem Maße die Steinarbeiter von der bestehenden wirtschaftlichen Krise getroffen werden; in den einzelnen Abschnitten finden wir aber dafür weitere Anhaltspunkte.

1. Lohnverhältnisse.

Von 129 Steinarbeitern haben 122 den Lohn aufgezeichnet. 2 Mann haben erst im Juni ausgelernt, 1 Mann war Unternehmer und 4 Mann waren nur kurze Zeit im Beruf beschäftigt. 122 Mann haben die Gesamtsumme von 127 585.64 Mk. verdient, dies ist pro Mann ein Jahresdurchschnittsverdienst von 1045.78½ Mark, ein Wochenverdienst von 20.11 Mk.

Durch Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Steinmetzgewerbes von Dresden-Pirna und Umgebung ist die Arbeitszeit für den Sommer auf 8½, für den Winter auf 7½ Stunden festgesetzt, das ergibt im Mittel 8 Stunden; Sonnabends ist um 4 Uhr Feierabend, außerdem eine Stunde Budenrecht, wir haben demnach (8 × 6 — 2 = 46) eine Arbeitszeit von 46 Stunden in der Woche. Nehmen wir den Jahresdurchschnittsverdienst zur Feststellung des wirklichen Stundenlohns, so bekommen wir als Resultat: 43,71 Pfg., gerade 1 Pfg. mehr wie ⅔ des im Tarif auf 65 Pfg. für die Stunde festgesetzten Tagelohns. Berechnet man den Jahresdurchschnittsverdienst nach Tariftagelohn, bekommt man folgendes Resultat:

65 × 46 = 29.90 Mk. Wochenverdienst,
29.90 × 52 = 1554.80 Mk. Jahresverdienst.

Ein Einkommen, das unbedingt notwendig ist, um eine Familie von 5 Köpfen richtig zu ernähren. Es besteht, wie schon bei dem Stundenlohn ersichtlich ist, zwischen dem wirklichen und dem Soll-Einkommen eine Differenz von 509.20 Mk., also rund ein Drittel oder 33 Prozent. Es drängt sich hier unwillkürlich die Frage auf: Warum ist das Einkommen um so viel niedriger?

In erster Linie ist zu beachten, daß die Arbeitslosen- und Krankheitstage nicht abgerechnet sind, weil die Arbeiter, besonders in der Zeit der Arbeitslosigkeit, keine Gelegenheit finden, irgendwo und irgendwelche Arbeit zu bekommen, sind also nur auf das Berufseinkommen angewiesen; deshalb wäre es falsch, die Zeit für Arbeitslosigkeit abzurechnen. Mit den Krankheitstagen ist es wohl etwas andres, genau und strikte genommen sind dieselben zu berechnen, der Durchschnitt wird aber dadurch ganz unwesentlich beeinflußt. Es sind 1433 Krankheitstage vorhanden; nehmen wir als Tagelohn 3.35 Mk. und multiplizieren mit 1433, so erhalten wir die Summe von 4800.55 Mk., diese zum Gesamtlohn genommen, gibt 132 386.19 Mk. Der Durchschnittslohn ist dann 1085.13 Mk., wie schon gesagt, eine nicht nennenswerte Verschiebung; das Exempel ist nur als Probe für die obige Behauptung angeführt.

Ein weiterer Grund ist im Tarif zu suchen und zu finden. In dem Tarif sind zweifellos eine ganze Anzahl Ungleichheiten, oder besser, einerseits Arbeiten zu Sätzen normiert, wo der Arbeiter den Tagelohn und auch noch mehr verdienen kann, anderseits aber auch eine ganze Anzahl Arbeiten zu ganz schlechten Preisen, wo der Arbeiter absolut keinen Tagelohn verdienen kann. Es ist gar keine Seltenheit oder Ausnahme, daß ein und derselbe Arbeiter in einem Tage 3 Mk., in einem andern 7 Mk. verdienen kann und tatsächlich auch verdient. Der Unterschied der einzelnen Tarifsätze wird am allerdeutlichsten demonstriert, wenn von zwei sonst gleichen Arbeitern der eine nach Tarif nur gut bezahlte, der andre nur schlecht bezahlte Arbeit bekommt. In einem solchen Fall ist es möglich, daß der eine 20 Mk., der andre 45 Mk. in der Woche verdient; es muß jedoch konstatiert werden, daß solche Fälle nur vereinzelt vorkommen.

Ist es möglich, derartige wirklich große Mängel zu beseitigen, aus dem Tarif zu entfernen? Ein Hindernis bildet die Architektur. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß sich die Architektur verändert. Es lassen sich aber Bestimmungen treffen, die den veränderten Formen der Architektur genügend Rechnung tragen. Für jeden Tarifkenner ist klar, daß sich eine ganze Anzahl, ja die meisten Mängel sehr wohl beseitigen lassen; dem steht aber ein weiteres gewichtiges Hindernis im Wege und zwar die einzelnen Positionen des Tarifs selbst. Von beiden Seiten ist man bestrebt, auf keinen Fall ein Zugeständnis, eine Konzession zu machen. Arbeiter- wie Unternehmervertreter sind Partei und haben als solche das Bestreben, die Interessen ihrer Auftraggeber unter allen Umständen zu wahren. Meines Erachtens ist dieser Standpunkt falsch; von beiden Seiten sollte vielmehr der Schwerpunkt darauf gelegt werden, einen, den wirtschaftlichen Verhältnissen unsrer heutigen Zeit angepaßten, möglichst klaren, jedem Fachmann auch ohne Kommentar verständlichen Tarif zu schaffen. Besonders zu berücksichtigen ist dabei eine der wirklichen Arbeit entsprechende Bewertung der einzelnen Arbeiten. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich dieser Vorschlag heute schon verwirklichen. Zur Zeit ist jedoch keine Aussicht vorhanden, in diesem Punkte eine durchgreifende Aenderung zu erreichen; es gilt auch hier das Dichterwort: Es erben sich Gesetz und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort.

Den Durchschnittsverdienst, die Arbeitszeit und Beteiligungsziffer in den Jahren 1894—1898 und 1900/01 zu 1901/02 zeigt folgende Tabelle:

Im Jahre	pro Jahr Mk.	pro Woche Mk.	pro Stunde Pfg.	Durchschnittl. Arbeitszeit pro Woche	Bei einer Beteiligung an der Statistik von
1894	915.78	17.61	35,22	50 Stdn.	127 Steinarb.
1895	933.47	17.95	35,90	50 "	170 "
1896	1108.29	21.31	45,35	47 "	224 "
1897	1150.—	22.12	47,06	47 "	225 "
1898	1172.40	22.55	47,98	47 "	340 "
1900/01	937.41	18.03	38,36	47 "	237 "
1901/02	1045.78	20.11	43,71	46 "	129 "

Der Durchschnittsverdienst ist 108.37 Mk. oder 11½ Prozent höher wie 1900/01. Wir sehen hier eine wesentliche Veränderung, bei sonst ziemlich gleichen Verhältnissen; es erklärt sich dieses mit dem oben schon Ausgeführten, einige größere Bauten mit, im Sinne des Tarifs, guter Architektur, sind sehr wohl im stande, das Bild günstig zu beeinflussen.

Die Schwankungen des Wochenverdienstes und eine Uebersicht über die Zahl der Beschäftigten für jeden Monat des Berichtsjahrs zeigt folgende Tabelle:

Von den 129 waren beschäftigt:

Jahr	Monat	absolut	in Proz.	Der Durchschnittsverdienst betrug pro Woche Mark	in Prozent (von 20.11 Mk.)
1901	Juli	115	89,14	24.65	122,57
	August	117	90,07	27.08	134,65
	September	118	91,47	28.39	141,17
	Oktober	119	92,24	24.44	121,53
	November	117	90,07	21.51	106,96
	Dezember	105	81,04	14.91	74,14
1902	Januar	85	65,89	14.40	71,10
	Februar	98	75,96	15.97	79,41
	März	103	79,84	17.68	87,91
	April	117	90,07	22.33	111,03
	Mai	115	89,14	25.02	124,41
	Juni	113	87,06	24.20	120,33

Vorstehende Tabelle zeigt in den ersten zwei Zahlenreihen die Schwankungen der Zahl der Beschäftigten in den verschiedenen Monaten. Wir sehen, in keinem Monat sind alle Arbeiter beschäftigt, sondern immer im ganzen Jahr ist ein wesentlicher Prozentsatz ohne Arbeit. Die größte Zahl, 119 Mann oder 92,24 Prozent, hatte im Oktober Arbeit. Der günstigste Fall im ganzen Jahr ist, daß 10 Mann oder 7,75 Prozent aller Beteiligten überhaupt ohne Arbeit sind. Das ist gewiß schon kein schönes Bild, es wird aber weit häßlicher, wenn man die niedrigste Zahl der Beschäftigten mit 85 Mann oder 65,89 Prozent im Januar dagegen stellt. Im Januar haben 44 Mann oder 34,11 Prozent keine Arbeit. Die dritte Zeilenreihe zeigt den Durchschnitts-Wochenverdienst in den einzelnen Monaten. Im Januar ist der niedrigste Durchschnitt 14.40 Mk., das ist pro Stunde 31,30 Pfg. Der Höchstlohn fällt auf September und beträgt 28.39 Mk., das ist die Stunde 61,71 Pfg. Wir sehen hier genau, nicht einmal in der günstigsten Zeit wird im Durchschnitt der Tariftagelohn erreicht. Die letzte Zeilenreihe gibt eine Uebersicht über das Prozentverhältnis der einzelnen Monate zum durchschnittlichen Wochenverdienst. Dem aufmerksamen Beobachter zeigt diese Tabelle klar und deutlich die ganze Misere der Steinarbeiter.

Der wirkliche Verdienst, geordnet nach Lohnklassen und den Jahren, wo Aufzeichnungen vorhanden sind, ist in folgender Tabelle zusammengestellt:

Verdienst im Jahre.

Mk.	1894	1895	1896	1897	1898	1900/01	1901/02
bis 700	10	10	17	6	15	47	19
7— 800	12	18	6	8	18	38	9
8— 900	20	20	34	12	31	27	9
9—1000	18	19	27	23	27	24	19
10—1100	26	30	30	19	44	31	10
11—1200	8	26	36	28	40	20	15
12—1300	4	19	32	31	44	21	11
13—1400	6	16	14	34	44	10	12
14—1500	8	9	7	30	36	10	7
15—1600	6	4	7	13	17	7	8
16—1700	5	5	7	9	14	1	3
17—1800	2	3	3	5	4	1	—
18—1900	1	1	2	5	3	—	—
19—2000	—	—	1	1	2	—	—
über 2000	—	—	1	1	1	—	—

Vorstehende Tabelle wird durch folgende ergänzt, besser erläutert. Die erstere zeigt nur die Zahlen; diese Zahlen sind in der folgenden prozentual berechnet, das heißt von hundert haben soundsoviel Prozent den angegebenen Lohn verdient.

Mk.	1894 in Proz.	1895 in Proz.	1896 in Proz.	1897 in Proz.	1898 in Proz.	1900/01 in Proz.	1901/02 in Proz.
bis 700	8,06	5,68	7,58	2,66	4,41	19,83	15,57
7— 800	9,66	10,22	2,67	3,55	5,29	16,04	7,37
8— 900	16,22	10,80	15,17	5,33	8,92	11,39	7,37
9—1000	13,—	10,13	12,05	10,22	7,90	10,13	15,57
10—1100	20,90	16,80	13,39	8,44	12,64	13,08	8,02
11—1200	6,45	14,70	16,07	12,44	11,76	8,44	12,03
12—1300	3,25	10,29	14,28	14,77	12,64	8,86	9,01
13—1400	4,83	9,90	6,25	15,11	12,64	4,22	9,83
14—1500	6,45	5,33	3,16	13,33	10,58	4,22	5,73
15—1600	4,83	4,90	3,16	5,68	5,08	2,95	6,55
16—1700	4,03	2,34	3,16	4,—	4,19	0,42	2,47
17—1800	1,61	1,77	1,33	2,22	1,17	0,42	—
18—1900	0,80	0,56	0,89	2,22	0,88	—	—
19—2000	—	—	0,44	0,44	0,58	—	—
über 2000	—	—	0,44	0,44	0,29	—	—

Diese Angaben zeigen genau die Schwankungen in den einzelnen Lohnklassen, sie zeigen aber auch, daß gegen 1897/98 eine merkliche Verschiebung nach unten stattgefunden hat. Die höchsten Lohnklassen sind leer, der Höchstlohn ist zwischen 1600 bis 1700 Mk., dabei ist zu bemerken, daß dieselben Kollegen, welche früher den höchsten Verdienst erreichten, auch jetzt noch am Orte sind. Ein wesentlicher Prozentsatz hat nur bis 700 Mk. verdient. In den Lohnklassen bis zu 1000 Mk. waren 1898 26,52 Prozent, 1900/01 57,39 Prozent, 1901/02 45,88 Prozent. Wir sehen, daß sich die Zahl der Kollegen, welche unter 1000 Mk. verdienen, in den letzten Jahren rund verdoppelt hat. Es sind zur Zeit überhaupt nur rund ein Drittel von den früher Beschäftigten am Orte. Dieses Drittel verdient bedeutend weniger, bei genau demselben Tarif und derselben Arbeitszeit wie früher. Arbeitsmangel, niedriger Verdienst sind die Merkmale der wirtschaftlichen Krise bei dem Arbeiter. Dieser Abschnitt zeigt uns wohl schon deutlich, in welchem Maße wir Steinarbeiter von der Krise betroffen werden; es ist überflüssig, noch mehr Worte zu verlieren. Der nächste Abschnitt gibt noch weitere sichere Anhaltspunkte.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Bayreuth. Am Sonntag, den 4. Januar, fand unsre diesjährige gut besuchte Generalversammlung statt. Zu Punkt 1, Jahres- und Kassenbericht, gab der Vertrauensmann einen kurzen Rückblick auf das verflossene Jahr, in welchem wir keinen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen hatten. Er forderte die Kollegen auf, im neuen Jahre unsre Versammlungen besser wie bisher zu besuchen, da die Zeit eine sehr ernste ist und es daher um so nötiger ist, daß wir in unsern Versammlungen zusammenkommen, um uns über unsre Lage beraten zu können. Der Kassenbericht gab zur Beanstandung keine Veranlassung. Bücher sowie Kasse wurden von den Revisoren für richtig befunden und dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Zu Punkt 2, Wahl der Vorstandschaft, wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorstand H. Bayerlein, Kassierer G. Schöberlein, Schriftführer Geißler und Revisoren Bek und Rubner. Bei Punkt Verschiedenes entspann sich eine rege Debatte über die Verhältnisse am hiesigen Platze.

Bautzen. Am 15. d. M. hielt der Zweigverein der Steinarbeiter eine Besprechung ab, welche vollzählig besucht war. Punkt 1 der Tagesordnung war Festsetzung der Wochenbeiträge und das Fachorgan. Der Beitrag wurde dann auf 40 Pfg. festgesetzt und der Steinarbeiter obligatorisch eingeführt. Im 2. Punkt: Gewerkschaftliches, wurde sehr gerügt, daß viele Kollegen noch nicht die alten Bücher in Ordnung haben, und schließlich der Antrag gestellt, daß alle Kollegen bis Sonnabend, den 17., alle alten Beiträge zu begleichen haben. Für die Brucharbeiter wurde dieser Termin noch acht Tage hinausgeschoben. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Duisburg. Am 11. Januar fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Trotz mehrmaliger Verschiebung derselben finden es die hiesigen Kollegen nicht der Mühe wert, ihre Interessen an richtiger Stelle zu vertreten. Hauptpunkt der Tagesordnung war Neuwahl des Vorstands. Die per Stimmzettel erfolgte Wahl zeitigte folgendes Resultat: Paul Montermann wurde zum 1. Vorsitzenden, Peter Thünker zum Kassierer, Peter Spinnraths zum Beisitzer gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Frank und Vantrek gewählt. In Punkt Verschiedenes wurde den streikenden Meeraner Webern 10 Mk. zugesprochen. Dann wurde gerügt, daß auf keinem der Plätze die Bundesratsverordnung ausgehängt wäre, als ob die Satzungen für Duisburg keinen Wert hätten. Den Kollegen vom Platz Holzmann wurde empfohlen, energischer aufzutreten, um bessere Preise zu erzielen, da tatsächlich Werkstücke, die im vorigen Jahre mit 6 Mk. bezahlt wurden, heute mit der Hälfte entlohnt werden. Ferner protestierte die Versammlung gegen die Anordnungen der Geschäftsleitung betreffs Reiseunterstützung. Da Duisburg keine Reiseunterstützung mehr auszahlt, wurde beschlossen, den durchreisenden Kollegen ein Stadtgeschenk von 50 Pfg. zu gewähren und dafür die Platzkassen fallen zu lassen. Genanntes Geschenk wird bei der Firma Holzmann ausbezahlt.

Demitz-Thumitz. Sonntag, den 11. Januar, fand im Saale des Gasthofs zum sächsischen Reiter eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Tagesordnung: 1. Die historische Entwicklung unsrer Organisation und die Einführung des Verbands; 2. Debatte; 3. Wahl des Vorstands; 4. Gewerkschaftliches. Das Referat hatte Kollege Biewig-Pirna übernommen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflichen Ausführungen, was sogar von anwesenden Unternehmern anerkannt wurde. Er schilderte die Zeit, wo das Handwerk sozusagen noch einen goldenen Boden hatte. Wie aber nach und nach durch die Ueberproduktion das Angebot die Nachfrage überstieg und infolgedessen Krisen entstanden, was natürlich Arbeitslosigkeit und niedere Löhne zur Folge hatte. Wie es sich daher notwendig machte, daß sich die Arbeiter organisierten. Bei Vornahme der Wahl des Vorstands wurden folgende Kollegen gewählt: August Wiedemann, Vorsitzender, Gustav Schmidt, Stellvertreter, August Augst, Kassierer, Otto Mandel, Schriftführer. Hermann Keller, Friedrich Lehmann und Paul Prohaska als Revisoren. Nachdem noch die Statuten des neuen Verbands verlesen und die Anwesenden aufgefordert wurden, unser Versammlungslokal besser wie es bisher geschehen ist zu besuchen, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Dresden. Am 15. Januar fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Volkshause statt. Tagesordnung: 1. Wahl der örtlichen Verwaltung; 2. Wahl der Gauleitung; 3. Gewerkschaftliches. Nachdem Kollege Fetisch erläutert hatte, daß sich durch Uebertritt zum Verband die in der Tagesordnung angegebenen Wahlen notwendig machen, wurden gewählt in die örtliche Verwaltung: Fetisch als Vorsitzender, Schönert als Kassierer, Fürkel und Pietsch als Beisitzer, Steglich, Jahn und Elßner als Revisoren. Als Gauleiter wurde Fetisch, als Beisitzer Schmidt und Marquardt gewählt; zwei Beisitzer wählt Pirna. Ferner beschloß die Versammlung, die Kollegen Lienicke, Seidel und Steglich weiter als Kartelldelegierte zu belassen. Im Gewerkschaftlichen gab Kollege Fetisch bekannt, daß die Kollegen, welche noch im Besitze der letzten beiden kleinen statistischen Fragebogen sind, dieselben an ihn einsenden möchten. Kritisiert wurde, daß die Reiseunterstützung viel zu niedrig bemessen sei und sie bei der jetzigen Einteilung den Namen Tagegelder nicht verdient. Von einigen Kollegen wieder wurde anerkannt, daß die Reiseunterstützung zwar keine hohe sei, fest stehe aber, daß die jetzige Einrichtung eine sehr große Mehrausgabe verursache. Dies muß jedem klar sein; da nun aber auch noch andre Pflichten zu erfüllen sind, muß man doch erst warten, wie sich die jetzige Einrichtung bewährt. Von der Versammlung wurde schließlich der Wunsch ausgesprochen, daß Dresden statt 2 Tage 4 auszuzahlen hat, da es unmöglich ist, in 2 Tagen in allen Werkstätten Umschau nach Arbeit zu halten. Vorläufig werden aus der örtlichen Kasse 80 Pfg. zugelegt, so daß der Fremde 2 Mk. Geschenk hier erhält. Des weiteren wurde beschlossen, die prozentuale Steuerung vorläufig beizubehalten. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, jeder einzelne müsse für den Verband agitieren und die alte Voreingenommenheit fallen lassen; jeder Steinarbeiter muß dem Verband beitreten; geschieht das, nun, dann, Kollegen, sind wir auch in der Lage zu verhindern, daß unsre sowieso schon schlechten Löhne nicht immer weiter herabgedrückt werden. Schluß der Versammlung.

Erfurt. Am 13. Januar, Abends ½7 Uhr, tagte hier im Tivoli eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Revisoren über Abrechnung des letzten Quartals. Der Kassenbericht wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Vertrauensmann hierauf Decharge erteilt. Zu Punkt 2 führte der Vertrauensmann näheres über die Verbesserung der Organisationsform an. Bei Verlesung der Verbandsstatuten wurden die im § 4, 2 vorhandenen Punkte dahin geregelt, daß nicht mehr prozentual bezahlt wird, sondern für jede Marke 40 Pfg. und außerdem 10 Pfg. für die Lokalkasse erhoben werden sollen. Das Fachorgan, der Steinarbeiter, soll, wie bisher, mit 30 Pfg. pro Exemplar bezahlt werden und der Ueberschuß in die örtliche Kasse kommen. Betreffs der Reiseunterstützung wurde seitens der Versammlung protestiert, da das gegenwärtige System keine Verbesserung der Reiseunterstützung sei, sondern es wurde angenommen, da der Kongreß beschlossen habe, Tagegelder einzuführen, diese Beschlüsse auch zu halten, und erwarten die Kollegen eine baldige Aenderung in der Gewährung von Reiseunterstützung. Punkt 3. Wahl der Lokalverwaltung. Nach verschiedenen Vorschlägen wird die Wahl per Stimmzettel vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kollege Hermann Buhler, als Kassierer Kollege Philipp Wagner, als Schriftführer Kollege Otto Klahr. Als Revisoren sind gewählt die Kollegen Ludwig Bischoff, Arthur Korch. Gewerkschaftsdelegierte sind die Kollegen Buhler und Mönch. Sämtliche Kollegen haben das Amt angenommen. Bei Punkt 4: Verschiedenes, wurde durch den Vertrauensmann die Kündigung des hiesigen Tarifs bekannt gegeben, welche die hiesigen Unternehmer mit dem 31. Dezember v. J. zugesandt haben. Es wurde bestimmt, eine abwartende Stellung einzunehmen, da angenommen wird, unsre Unternehmer würden in Anbetracht der steigenden Teuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten den Tarif zu Gunsten der Steinmetzen verbessern. Betreffend der örtlichen Krankenunterstützungskasse wurde dem Vorstand anheimgegeben, eine Aenderung des Reglements vorzunehmen und der nächsten Versammlung vorzulegen. Die Versammlungen sollen in Zukunft jeden Monat und zwar jeden zweiten Dienstag nach dem Ersten abgehalten werden. Die Reiseunterstützung soll vorläufig beim Kassierer Philipp Wagner, Augustinerstraße 23, Abends von 6—7 Uhr, ausbezahlt werden. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten wurden zum Schluß noch die Kollegen aufgefordert, dahin zu arbeiten, daß sämtliche hier arbeitende Kollegen sich der hiesigen Zahlstelle anschließen mögen, damit es uns gelingt, die geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie früher durchzuführen.

Gera. Am 10. Januar 1903 tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Wahl des Vorstands zu dem neu gegründeten Verband. Als Vorsitzender wurde unser alter Vertrauensmann Martin Neumeister gewählt, als Kassierer Christoph Gulden, als Beisitzer Emil Weiße, zu Revisoren H. Könitzer und Emil Richter. 2. Der Vorsitzende konnte die Jahresabrechnung nicht vorlegen, weil diese von den Revisoren noch nicht geprüft war, jedoch können die Kollegen ihm schon im voraus Entlastung erteilen. 3. Der Vorsitzende brachte in Erwähnung, daß jeder Kollege seinen Pflichten pünktlich nachkommt. 4. Von den 5 Prozent, welche die Verwaltungsbeamten beanspruchen können, sehen alle am Orte ab und lassen es der örtlichen Kasse zufließen. Des weiteren wurde über verschiedene Platzangelegenheiten gesprochen. Zum Schlusse ging eine Resolution ein, welche lautet: Die heutige Versammlung der Steinarbeiter Geras erkennt das Statut des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands an und erklären alle Kollegen, den Verband nach innen und außen kräftig zu unterstützen.

Gotha. Am 14. Januar fand in Gotha eine gut besuchte Versammlung statt, die sich hauptsächlich mit Tarifangelegenheiten auf Platz Bautz befaßte. Nach der heutigen Unterhandlung sagte Herr Bautz, die Kollegen sollen sich einen Tarif ausarbeiten, aber keine Preise festsetzen, die will Herr Bautz selbst machen. Als heute ein Kollege nach dem Preis eines Stücks frug, erwiderte Herr B.: Warum habt Ihr nicht schon lange den Tarif ausgearbeitet? Nun kommt Ihr erst zum Frühjahr. Nun hat Herr B. selbst einen Tarif ausgearbeitet, aber wie er aussieht, wissen wir noch nicht; auf Ueberstunden will er auch keine Prozente geben. Auch betonte Herr B., wenn wieder Streik ausbricht, will er schon welche mit drei Jahren Zuchthaus drankriegen; er will Leute bestechen, die sich als Steinarbeiter ausgeben und Streikposten zum Angriff veranlassen. Als heute die Kommission bei B. vorstellig wurde, bezeichnete er diese als Anführer und Aufwiegler und hat zwei Mann gekündigt. Dem Anstifter K. vom vorigen Streik hättet Ihr den — vollhauen müssen, und es gibt unorganisierte Leute genug, die werde ich mir holen. Doch glauben wir, daß diese auch nicht umsonst arbeiten können. Wir ermahnen unsre Kollegen, fest zusammen zu halten, damit wir diesem System ein baldiges Ende bereiten.

Koburg. Die Steinarbeiter Koburgs hielten am 11. d. M. ihre Monatsversammlung ab, welche von sämtlichen zahlenden Kollegen besucht war. Der Vertrauensmann gab unter anderem Bericht über die Abrechnung vom letzten Quartal sowie über die Jahresabrechnung von 1902. Dieselbe war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Es verbleibt am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 81.90 Mk. Hierauf wurde dem Vertrauensmann sowie dem Kassierer Decharge erteilt. Um die Krankenunterstützung in der seitherigen Weise fortführen zu können, wurde der Beitrag auf 45 Pfg. festgesetzt. Nun ging es zur Wahl der nötigen Lokalbeamten. Kollege Daniel Schmidt wurde mit großer Stimmenmehrheit wieder als 1. Vorsitzender gewählt. Da Kollege Schmutzler das Amt als Kassierer ablehnte, wurde Kollege Lukas als Kassierer, Kollege Klian als Beisitzer und H. Raithel und Th. Hein als Revisoren gewählt. Ins Gewerkschaftskartell wurden nach längerer Diskussion die Kollegen Kilian und Lukas gewählt. Ferner machte der Vertrauensmann darauf aufmerksam, daß im Steinarbeiter als Beitrag 6 Mk. mehr quittiert sind als eingesandt wurden. Da sämtliches Material zur Stelle war, so konnte dieses nachgeprüft werden und wurde das als Versehen der Geschäftsleitung festgestellt. Diese soll davon in Kenntnis gesetzt werden.

(Anmerkung. Es hat seine Richtigkeit, denn die 6 Mk. wurden für Reiseunterstützung in Anwendung gebracht.)

Konstanz. Am 12. Januar hielt die Zahlstelle Konstanz ihre jährliche Generalversammlung ab. Von derselben seien einige Hauptpunkte der Tagesordnung hier wiedergegeben. Den Jahresbericht erstattete der 1. Vertrauensmann. Aus demselben war ersichtlich, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein sehr reges und bewegtes war; wenn auch keine Lohnkämpfe vorkamen, so wurde doch das Arbeitsfeld wie noch nie zuvor bearbeitet, so daß sich die Zahl unsrer Mitglieder gegen im Vorjahre verdoppelt hat. Die Geschäfte wurden erledigt in 13 Mitglieder- und 6 öffentlichen Versammlungen, in welch letzteren der Vertrauensmann je einen Vortrag hielt. Nach einem kräftigen Appell an die Mitglieder schloß er seinen umfangreichen Bericht. Hierauf erhält der zweite Vertrauensmann, Kollege Gann, zum Kassenbericht das Wort, aus welchem die erfreuliche Tatsache hervorging, daß uns das verflossene Jahr 1902 mehr als dreimal so viel Einnahmen brachte als das vorausgegangene Jahr 1901. Nach Bestätigung der Richtigkeit des Berichts durch die Revisoren wurde dem Kollegen Gann einstimmig Decharge erteilt. Bei den Neuwahlen wurde Kollege Gutekunst einstimmig wieder als Vorstand gewählt; als Kassierer wurde, da Kollege Gann wegen baldiger Abreise sein seitheriges Amt nicht mehr annahm, Kollege Baral einstimmig gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt Hans Lecher, als Schriftführer J. Meichelbeck, als Revisoren Haag und Kappler, als Delegierte ins Gewerkschaftskartell Meichelbeck und Gann. Nach Erledigung einiger Anträge, wobei auch einer verlangte, den Steinarbeiter obligatorisch einzuführen, der auch Annahme fand, schloß der Vorstand nach einem kräftigen Aufruf die gut besuchte Generalversammlung.

Meißen, 15. Januar. An die Redaktion des Steinarbeiter, Leipzig. In Ihrer Nr. 2 vom 10. Januar cr. bringen Sie unter Korrespondenzen Meißen einen Artikel, welcher geeignet ist, meine Person und mein Werk in falsche Beurteilung zu bringen. Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um sofortige Berichtigung, wie folgt: „Es ist richtig, daß ich nach Steinbossierern ausgeschrieben habe. Wenn es in dem Artikel heißt: Sind dann die Leute da, so sind sie enttäuscht", so ist dies geeignet, den Anschein zu erwecken, als wenn ich das, was ich in meinen Arbeitergesuchen verspreche, nämlich 2 Mk. 80 Pfg. für 1 Quadratmeter gut bossierte Pflastersteine zu zahlen, nicht einhalte. Ich erkläre hiemit, daß ich das, was ich versprochen, auch gehalten habe. Wenn von den Steinbossierern keiner im stande gewesen sein soll, mehr als 13 bis 14 Mk. pro Woche zu verdienen, so hat dies wohl mehr an den kurzen Tagen und der strengen Kälte während der Monate November und Dezember und an den vielen Feiertagen der letzten Wochen gelegen, nicht aber an den Lohnverhältnissen. Hochachtungsvoll Meißner Granitwerk, Oswald Köhler."

Anmerkung der Redaktion. Herr Köhler findet sich veranlaßt, auf den Meißner Versammlungsbericht in Nr. 2 uns diese Berichtigung zu übermitteln und versucht etwas zu entkräften, was der Bericht nicht — enthält. Ganz gewiß wurden die Preise für den Quadratmeter Pflastersteine nicht reduziert; als aber die Pflastersteinmetzen aus Braunlage und Hasserode eintrafen, wurden die Maße der Steine — herabgesetzt. Früher war die Breite der Steine 15—18 Zentimeter, nach einer am 1. Januar 1903 erlassenen Vorschrift von seiten der Betriebsleitung wurde das Maß auf 12—15 Zentimeter festgesetzt. Herr Köhler hat diese Maßnahme in seiner Berichtigung — nicht angedeutet, er hat auch nicht den Hinweis widerlegt, der im Meißner Versammlungsbericht enthalten ist, daß die Behandlungsweise des Poliers gegenüber den Beschäftigten zu wünschen übrig läßt. Wenn weiter K. den schlechten Verdienst von 13—14 Mk. der kalten Witterung und den vielen Feiertagen zuschreibt, so möge hier betont werden, daß in fraglicher Zeit noch bedeutend mindere Löhne teilweise zu verzeichnen waren.

Im übrigen wird sich eine Steinarbeiterversammlung am 24. d. M. in Meißen mit der Berichtigung des Herrn Köhler beschäftigen.

Mittweida. Am 18. Januar fand hier eine leidlich besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Wahl eines dritten Delegierten ins Gewerkschaftskartell; 3. Gewerkschaftliches. Beim 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Es wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Wahl eines Delegierten ins Gewerkschaftskartell wurde fast einstimmig Kollege Oswald Vogel gewählt. Beim Punkt Gewerkschaftliches machte Kollege Heine die Kollegen auf den Nutzen der Organisation aufmerksam und daß wir nur durch ein festes Zusammenhalten unsre Lage verbessern können. Ferner wurde noch beschlossen, auf den Werkplätzen zu agitieren, um mit den uns fernstehenden Kollegen noch zu unterhandeln. Kollege Saupe führte noch an, daß es eines jeden organisierten Kollegen Pflicht sei, die nicht organisierten Kollegen heranzuziehen.

Nebra. Am 12. Januar tagte eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter. Der Vertrauensmann gibt einen Rückblick auf die beruflichen Angelegenheiten im vergangenen Jahr, welches durch die wirtschaftliche Krise auch sehr daniederlag, und stellt fest, daß die Steinmetzen durchschnittlich bloß 13 Wochen in ihrem Beruf tätig waren. Hierauf erläuterte der Vertrauensmann nochmals die Gründe, welche den Kongreß bewogen hatten, zur Gründung eines Verbands zu schreiten. Sämtliche Anwesende waren damit einverstanden und erklärten, dem Verband beizutreten. Danach wurde der Gesamtvorstand gewählt. Weil unser Tarif am 1. März abläuft, wurde beschlossen, am alten Tarif festzuhalten und Skizzen hiezu herzustellen, um, wenn dieselben fertig sind, mit den Meistern zu unterhandeln. Es wurde noch bekanntgegeben, daß die Abrechnung des 4. Quartals verschiedener Rückstände halber in einer nächsten Versammlung stattfindet. Zum Schluß wurde beantragt, daß der Vertrauensmann die Bundesratsverordnung in der nächsten Versammlung erklären soll.

Osterwald. Am Sonntag, den 11. Januar, tagte in Mehle im Lokal des Herrn Jungesblut eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstands; 2. Abrechnung; 3. Verschiedenes. Zum 1. Vorsitzenden und Kassierer wurde Julius Berger wieder gewählt. Karl Reuße wurde als 2. Vorsitzender, H. Siebert als Schriftführer, H. Bürger und von Müscher als Revisoren gewählt. Im Punkt Abrechnung teilt Kollege Berger folgendes mit: Kassenbestand 1. Januar 1902 483.69 Mk.; Einnahme 998.61 Mk., Ausgabe 949.69 Mk., bleibt Kassenbestand am 1. Januar 1903 532.61 Mk. Die Abrechnung wurde als richtig befunden und dem Vorsitzenden Decharge erteilt. Im Verschiedenen kam die Bundesratsverordnung zur Sprache. Wie es hier auf den Plätzen und in den Brüchen aussieht, spottet jeder Beschreibung. Wenn man hier die Mißstände beseitigen will und den Unternehmer darauf aufmerksam macht, fliegt man einfach aufs Pflaster, wie es sich hier deutlich bewiesen hat. Am Montag wurde den beiden Kollegen A. Unglauben und E. Arnold von dem Herrn Steinmetzmeister Illemann gekündigt. Warum? Das wüßten sie ja. Warum fliegen die beiden Kollegen raus? Dieselben haben weiter nichts verbrochen, als die Mißstände auf dem betreffenden Platze einer scharfen und gerechten Kritik unterzogen. Ferner wurden die beiden Kollegen beauftragt, im Namen sämtlicher Kollegen von hier ein Schreiben an den Herrn Gewerbeinspektor zu senden, um den Brüchen und Plätzen mal einen Besuch abzustatten. Weiter wurde die Reiseunterstützung wieder einer scharfen und gerechten Kritik unterzogen. Sämtliche Anwesende protestieren energisch gegen eine derartige Vergewaltigung seitens der Geschäftsleitung. Den streikenden Webern in Meerane wurden 20 Mk. bewilligt. Ferner wurde beschlossen, ein Lokalgeschenk von 60 Pfg. an durchreisende Kollegen zu zahlen und den Beitrag von 35 Pfg. auf 40 Pfg. zu erhöhen, um die Auslagen für das Lokalgeschenk zu decken. Wir mußten aber die Erfahrung machen, daß wir damit noch warten müssen bis zur nächsten Versammlung, um den andern Kollegen, die durch ihre Abwesenheit glänzten, Rechnung zu tragen. Hoffentlich werden dieselben in nächster Versammlung vollzählig erscheinen. Hier ist es notwendig, daß man fest zusammenhält, dann werden die Herren Unternehmer sich nicht erlauben, 50—60 Prozent unter Tarif zu bezahlen, wo dieselben sich doch durch Unterschrift verpflichtet haben, denselben zu bezahlen. Bei der Firma Wecke wird nach Tarif bezahlt; warum kann das auf den andern Plätzen nicht auch der Fall sein? Darum rafft Euch auf, und zeigt den Unternehmern, daß dieselben ihr gegebenes Wort zu halten haben.

Potsdam. Am 8. Januar tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Punkt 1 der Tagesordnung war Abrechnung vom 4. Quartal, welche vom Vertrauensmann verlesen und von den Revisoren für richtig befunden wurde. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstands geschritten; als 1. Vorsitzender wurde unser bisheriger Vertrauensmann Kollege Abesser einstimmig wiedergewählt. Von der Wahl eines Kassierers und Beisitzers wurde Abstand genommen, da die Geschäfte am hiesigen Ort ganz gut von einem Kollegen geführt werden können. Zu Revisoren wurden die Kollegen Senslober und Demme gewählt. Im Punkt Verschiedenes spricht sich die Versammlung sehr abfällig über das Verhalten des Zentralvorstands betreffs der neueingeführten Reiseunterstützung aus. Der Ausdruck „Tagegelder", wie in § 5 Absatz 2 des Verbandsstatuts jedenfalls gemeint ist, ist doch in der Wirklichkeit die reinste Ironie. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 50 Pfg. festgesetzt und beschlossen, von dem übrigbleibenden Teil den durchreisenden Kollegen eine Extraunterstützung von 50 Pfg. zu gewähren. Erwähnenswert ist noch ein Fall eines gewissen Kollegen M., der sich während seines Hieseins von der Organisation ferngehalten, nun aber von Mehle-Osterwald aus seine rückständigen Beiträge richtig nachbezahlt hat, hoffentlich zieht derselbe seine guten Lehren daraus. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Schneeberg. Am 11. Januar fand im Gasthaus zur Erholung in Schneeberg eine Versammlung statt. Der 1. Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl, mußte als 3. Punkt genommen werden, weil zu wenig Kollegen anwesend waren. 2. Punkt: Jahresabrechnung. Dieselbe konnte nicht vollständig vorgelegt werden, weil sich auch die leitenden Kollegen einer auf den andern verläßt. Also die vollständige Jahresabrechnung kann erst bei der nächsten Versammlung bekannt gegeben werden. Bei den beiden Punkten Oertliche Angelegenheiten und Verschiedenes entspannen sich herbe Debatten. So trifft es auch tatsächlich zu, wie ein Kollege in der Versammlung ausführte, daß die Auchkollegen die Mißstände selbst hervorrufen, ja sogar Maßreglungen, Drangsalierungen, Lohnreduzierungen und noch verschiedene derartige Hungerkuren sind zu erwarten. Welche Löhne im hiesigen Distrikt existieren, braucht nicht näher beleuchtet zu werden, vielleicht kommen wir später noch einmal darauf zurück. Man kann ungefähr annehmen, daß die hiesigen Steinarbeiter mit den erzgebirgischen Webern in gleicher Höhe aufmarschieren können. Es heißt nun wieder den Leibriemen etwas enger schnüren. Auch wäre es endlich einmal an der Zeit, daß die Kollegen ihre Gleichgültigkeit beiseite legten und über ihre traurige Lage nachdächten, mit wieviel Kummer, Sorgen und Elend die Steinarbeiter zu kämpfen haben. Der einzelne Arbeiter hat in gewissen Fällen keine Ahnung, daß seine Arbeit einen hohen Wert hat und daß der Arbeitgeber im Ernstfall ihm eher den Lohn verdoppeln, als ihn entlassen würde. Weil aber der einzelne Kollege die Sachlage meist nicht kennt, so kann er es auch nicht ausnützen und mit Nachdruck seine Forderungen stellen. Das kann nur eine stramm disziplinierte Organisation. Die Arbeitgeber gehen mit aller Energie vor, um sich zu organisieren, sich immer mehr und mehr zusammenzuschließen. Wollt Ihr, Steinarbeiter, zurückbleiben? Trete jeder einzelne dem Steinarbeiterverband bei, agitiere jeder, bis der letzte uns fernstehende Kollege in unsern Reihen ist.

Straßburg (Elsaß). Eine stark besuchte Versammlung im Restaurant Vogelgesang befaßte sich in eingehender Weise mit der neuen Verbandsform. Wie alles Neue stets einen geteilten Eindruck hervorruft, so auch Neuerungen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Kollege Pübler jedoch hat es übernommen, die vorherrschenden Zweifel und Unklarheiten zu beseitigen und wurde so dem angeregten Punkte alsbald warme Sympathie entgegengebracht. Die Annahme der Gaustelle wurde zum Beschluß erhoben. Von einer Beitrittserklärung zur ersten Beitragsklasse jedoch mußte mit Rücksicht auf die ungemein ungünstige Lage der hiesigen Steinarbeiter Abstand genommen werden. Bezüglich eines Gauleiters herrschen noch Zweifel über Art, Weise und Umfang seiner Tätigkeit, welchem Umstande es zuzuschreiben sein dürfte, daß die vorgeschlagenen Kollegen eine Annahme der Wahl ablehnten. Doch dürfte auch dieses Hindernis wie so manches andre, wenn mit Lust und Energie erfaßt, beseitigt werden. Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die gegenwärtige Lohnbewegung. Die Eröffnung, daß von seiten des Innungsvorsitzenden (Bauunternehmer Walz) weder die Antwort auf die unterm 7. November v. J. abgesandte Resolution, noch eine Erklärung, ob die Innungsmeister mit der Lohnkommission in Unterhandlung treten wollen, erfolgte, rief allgemeine Entrüstung hervor. Im übrigen dürfte ein derartiges Gebaren vom erstgenannten Herrn allerdings nicht gar zu empörend erscheinen, ist es ja jener Mann, welcher anläßlich des Antrags der arbeiterfreundlich gesinnten Stadträte, in Bezug auf bessere Entlohnung der Notstandsarbeiter der hiesigen Stadt, erklärte: Zwei Mark für einen derartigen Arbeiter seien genug. Nicht bloß die hiesige Arbeiterschaft, sondern der gesamte, einigermaßen arbeiterfreundlich denkende Mittelstand ist ob derartigen Machinationen empört. Für Walz aber ist das letzte Blatt in den Ruhmeskranz seines Daseins eingeflochten. Ihm rufen wir zu: Für dich wird Straßburg zu klein, geh und suche dir ein andres Feld deiner Tätigkeit.

Striegau. Am Sonnabend, den 10. d. M., hielten die hiesigen Steinarbeiter eine Versammlung ab, in welcher der Vertrauensmann zunächst die Abrechnung vom 3. und 4. Quartal verlas, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden ist. Hierauf wurde die Wahl der Ortsverwaltung vollzogen. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter Karl Ruffert, als Kassierer Paul Langer, als Schriftführer Johann Kaufmann, als Revisoren August Rummel und August Klose. Ein Antrag der Kollegen aus Gr.-Rosen, die Zahlstelle Gr.-Rosen eingehen zu lassen und sich dem Zweigverein Striegau anzuschließen, wurde angenommen. Im Verschiedenen wurde zur Sprache gebracht, daß in einigen Betrieben, welche dem überwachenden Beamten namhaft gemacht wurden, ohne Aufsicht früh und abends bei Licht gearbeitet wird; die Firma Bartsch ist selbstverständlich dabei.

Reiseunterstützung zahlt aus P. Langer, Gräbenstraße 26, I.

Stuttgart. Unsre diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag, den 11. Januar, im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Rothmund erstattete den Geschäftsbericht, woraus hervorging, daß sehr lebhaft, speziell für die Stärkung der Organisation, gearbeitet wurde, und konstatierte zum Schluß, daß bereits alle Funktionäre — was zum erstenmal der Fall ist — sehr fleißig mitgewirkt haben. Ferner sei nun ein guter Stamm von organisierten Kollegen vorhanden, was Gutes erwarten lasse. Nur einige Kollegen sind 1—2 Monate rückständig geblieben und können in den Verband nicht überführt werden. Der Kassierer, Kollege Klingler, gab den Kassenbericht, der von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Derselbe zeigt seit letzten April eine Einnahme von 433.56 Mk. und eine Ausgabe von 428.26 Mk. Der sehr niedere Kassenbestand erzeugte gruselige Gesichter. Zur Neuwahl geschritten, gab Kollege Rothmund einen Ueberblick über die Wichtigkeit der einzelnen Funktionen, sowie die Gestaltung des Ausschusses in der jetzigen Verbandsform, lehnte aber eine Wiederwahl ab, da er schon viele Jahre tätig ist, zudem noch genügend Funktionen hat. Er unterbreitete die vom Ausschuß gemachten Vorschläge der in Betracht kommenden Kollegen. Bei der Wahl gingen dieselben auch ohne wesentliche Aenderung durch. Als Vorsitzender wurde gewählt Joh. Ellwanger, als Kassierer wurde wieder Jos. Klingler gewählt, als Beisitzer Fritz Vollmer, als Revisoren die Kollegen Joh. Klenk und Christ. Motzer. Die Wahlen der Einkassierer nahmen auch einen zufriedenstellenden Verlauf. Durch Erheben von den Plätzen wurde den leitenden und ausscheidenden Kollegen gedankt.

Anschließend fand eine öffentliche Versammlung statt. Schon seit längerer Zeit stand man im Verkehr mit der Meisterschaft betreffs Reglung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ebenso auch die Maurer und Zimmerer. Das hatte zur Folge, daß am 14. Januar die erste gemeinschaftliche Sitzung stattfand. Die Kommission besteht aus 8 Meistern, 4 Maurern, 2 Steinhauern und 2 Zimmerern. Kollege Rothmund und Motzer sind unsre Vertreter. Die nochmalige sehr lange Beratung ergab die Forderung: Abschaffung jeglicher Akkordarbeit, einen Stundenlohn von 60 Pfg. für die im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sich befindenden Kollegen, von 50 Pfg. an für die, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, ferner eine ständige Kommission zur Schlichtung vorkommender Differenzen. Die sonstigen Forderungen stimmen überein mit den übrigen Bauhandwerkern. Ein ernstes Eintreten für unsre gerechten Forderungen wurde den Vertretern zur Pflicht gemacht.

Mittlerweile fand im Sitzungssaale der Baugewerks-Berufsgenossenschaft die erste Sitzung statt. Es war mehr eine Geschäftsordnungsdebatte, jedoch wurde unsre Bundesratsverordnung schon etwas in den Vordergrund gedrängt. Zwei Vertreter, einer der Maurer, einer der Zimmerer, wurden nicht anerkannt, da sie nicht mehr im Beruf tätig sind, es folgen Ersatzleute. Die verschiedenen Vorstöße zeigten, daß es den Meistern wirklich ernst ist, so auch den Arbeitern, den geplanten korporativen Arbeitsvertrag zu stande zu bringen. Die Meister haben den letzten großen Maurerstreik event. einen kommenden Zimmererstreik im Gedächtnis. Vom Stadtschultheißenamts-Sekretär, Herrn Dr. Göbel, der die Verhandlungen leitet, wurde die nächste Sitzung, in der eigentlich die Verhandlungen recht beginnen, auf Mittwoch, den 21. Januar, Mittags 2 Uhr, festgesetzt. Die Verhandlungen nehmen voraussichtlich sehr viel Zeit in Anspruch und hoffen wir auf einen guten Erfolg.

Anschließend mag noch bemerkt werden, daß die Arbeitslosigkeit hier eine sehr große ist.

Wenig-Rackwitz. Sonntag, den 11. d. M., fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung des Vertrauensmanns vom Jahre 1902. Da selbige von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Vertrauensmann durch Erheben von den Plätzen Decharge erteilt. Alsdann wurde zum Uebertritt in den Zentralverband und zur Wahl des Vorstands geschritten. Als Vorstand wurde Kollege Leuteritz, Melzer als Kassierer, Hartmann als Schriftführer, der zur Zeit die Statistik mit zu führen hat, gewählt. Als Revisoren fungieren die Kollegen Weihrich, Moßler und Franke. Zum Verbreiter des Steinarbeiter wurde Kollege Schubert einstimmig gewählt. Im Verschiedenen wurde die Höhe der Auszahlung des Platzgeschenks geregelt. Jeder durchreisende organisierte Steinarbeiter erhält 75 Pfg. Platzgeschenk. (Die aus dem Distrikte kommen, erhalten nichts.) Auch jeder ausgesteuerte Kollege, der die 60 Tage überschritten hat und keine Arbeit bekommt, erhält 1 Mk. Unterstützung aus der Platzkasse.

Wittenberg. In der am Sonntag, den 11. Januar, abgehaltenen Besprechung haben sich 11 Kollegen zum Verband gemeldet. Bei der vorgenommenen Wahl wurden folgende Kollegen gewählt: zum Vorsitzenden wurde Merker, zum Kassierer R. Schlieckmann, als Beisitzer Reiche, als Revisoren H. Balduf und A. Säring gewählt. Ein dreifaches Hoch auf den neuen Verband bildete den Schluß der Besprechung.

Zwickau. In einer am 14. Januar tagenden öffentlichen Steinarbeiterversammlung gab Vertrauensmann E. Strunz die Jahresabrechnung und warf hiebei einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Er erläuterte, daß wir alle Ursache haben, einig und fest zur Organisation zu halten, da es auch wiederholt zu Lohnkämpfen kam. Wenn dieselben auch nur von kurzer Dauer waren, so müssen wir doch auf der Hut sein, daß unser Lohntarif hochgehalten wird. Die Abrechnung wurde von den Revisoren in bester Ordnung befunden und Kollegen Strung Decharge erteilt. Hierauf beschließt die Versammlung einstimmig, als Zahlstelle Zwickau dem Verband der Steinarbeiter Deutschlands beizutreten. Als Vorsitzender wird Kollege M. Rötzold, als Kassierer E. Strunz, als Revisoren E. Badstübner und M. Schnädelbach gewählt. Bei einer Revision über die Platzverhältnisse am Neubau Lutherkirche erklärte der Beamte, daß ihm noch nichts bekannt sei von einer Bundesratsverordnung. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die Vorschriften noch nicht aushängen, wenn die Polizeibehörde noch nicht einmal Kenntnis davon hat.

NB. Das Fremdengeschenk wird Wochentags an der Lutherkirche, Sonntags Glauchauer Straße 2 p. bei Kollegen M. Rötzold ausgezahlt.